Nr. 18. Halle a. S., Sonnabend den 19. Januar 1901. Jahrg. 12.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumerando frei ins Haus, durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Pacht-u. Gewerbeschadenvereins-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7888

Redaktion: Geiststr 21. Hof 2 Tr — Expedition Geiststr. 21. Hof part. r.

Die tote Hand in Frankreich.

In der französischen Deputiertenkammer wird in den nächsten Tagen, voraussichtlich schon am Montag, ein harter Kampf um die kirchlichen Vereinigungen ausgefochten werden. Die „Tote Hand" hat in Frankreich ungeheure Vermögen — bewegliches und unbewegliches — zusammengebracht. Die Orden haben große Ländereien in ihrem Besitz, treiben Geschäfte und häufen so Reichtum auf Reichtum. Ihre Besitzungen an Liegenschaften geben sie vorgeschobenen Personen zu eigen, oder sie schließen zum Schein Verkaufs- oder Mietsverträge ab, kurz, sie machen allerhand Schiebungen, um der Besteuerung und der Kontrolle der Staatsbehörden zu entgehen.

Das Gesetz Waldeck-Rousseau soll diesem Treiben vorbeugen, die Ordensgemeinschaften unter schärfere Aufsicht des Staates bringen. Es ist des Ministerpräsidenten ureigenstes Gesetz; den Plan, den Ordensbrüdern zu Leibe zu gehen, trägt er schon lange mit sich herum; bereits im Jahre 1882 brachte er einen ähnlichen Entwurf ein. Zwei Jahre vorher, im Jahre 1880, unter der Präsidentschaft Grevys, hatte man schon einen Versuch gemacht, sich der Macht der Jesuiten zu entledigen. Diese wurden durch Dekret des Landes verwiesen, ein anderes Dekret forderte die übrigen Ordensgemeinschaften auf, innerhalb dreier Monate die staatliche Genehmigung nachzusuchen. Damals wie heute schrie die schwarze Brüderschaft über Unterdrückung, auf einmal schwärmte sie für „Gewissensfreiheit", für die „Menschenrechte", ja für — die „Freiheit der Wissenschaft".

Die Dekrete des Jahres 1880 gerieten bald wieder in Vergessenheit, von vielen Behörden waren sie nur lau angewandt worden. Die Jesuiten, von denen die meisten überhaupt nicht außer Landes gegangen waren, kamen zurück; die Kongregationen gediehen weiter und vermehrten sich. Mit dem Anschwellen ihrer Reichtümer wuchs ihre politische Macht und heute befinden sich in Frankreich die Schule, die Armee und zum Teil die Zivilgewalten in den Händen oder doch unter dem Einfluß des Klerikalismus. Der Dreyfushandel hat gezeigt, welche Macht der monarchisch-klerikale Klüngel des Generalstabs in der That besitzt; trotzte er doch selbst den höchsten Vertretern der Regierung.

Um die Einkünfte und den Besitzstand der geistlichen Ordensbrüder authentisch festzustellen, hat nun die Regierung eine Enquete veranstaltet. Ob sie freilich im stande gewesen ist, alle Vermögen der Klöster 2c. statistisch zu erfassen, muß bei dem bekannten Geschick der Ordensgemeinschaften, ihren Besitz zu verstecken oder zu verschleiern, bezweifelt werden. Festgestellt wurde jedenfalls, daß die „autorisierten", von dem Staat anerkannten Religionsgesellschaften Frankreichs über ein Vermögen von ein und einer halben Milliarde verfügen.

Dieser Tage ist nun den Delegierten die genaue Statistik über die Grundstücke der Religionsgesellschaften, deren Wert und Revenuen zugegangen. Dieser Band umfaßt 1043 Seiten, der zweite Band ist noch unter der Presse.

Nach diesen Erhebungen, die vom Finanzministerium auf Grund der Eintragungen und der Steuertabellen angestellt sind, besaßen die Religionsgemeinschaften am 1. Januar 1900: 48 757 Hektar Grundbesitz, welcher einen Kapitalwert von **1 Milliarde und 457 Millionen Frank** repräsentierte und der im Jahre **47 Millionen Frank** Zinsen abwirft. Das Vermögen verteilt sich auf die einzelnen Kongregationen wie folgt:

Jesuiten (Mutterhaus in Rom) nach dem Kataster 503 Hektar, 93 Ar, 40 Centiar, Verkaufswert 48 925 480 Fr.

Sours de Saint-Vincent de Paule (Mutterhaus in Paris, 140, Rue de Bac) 1714 Hektar, 44 Ar, 77 Centiar, Verkaufswert 63 624 007 Fr.

Petites Soeurs de Pauvres (Mutterhaus in Saint-Pern, Dep. Ille-et-Billaine) 364 Ha., 50 Ar, 30 Ca., Verkaufswert 27 090 020 Fr.

Dames du Sacré-Coeur (Mutterhaus in Paris, Boulevard des Invalides 33), 239 Ha., 3 Ar, 60 Ca., Verkaufswert 32 584 000 Fr.

Frères de l'Ecole chrétienne (Mutterhaus in Paris, 27, Rue Oudinot), 1820 Ha., 59 Ar, 34 Ca., Verkaufswert 85 947 035 Fr.

Assumptionisten-Patres (Mutterhaus in Paris, 8, Rue François Ier), 187 Ha., 85 Ar, 91 Ca., Verkaufswert 3 690 830 Fr.

Franziskaner gen. Minoriten (Mutterhaus in Rom), 86 Ha., 80 Ar, 28 Ca., Verkaufswert 3 829 400 Fr.

Missionäre des Sacré-Cour (Mutterhaus in Issoudun), 94 Ha., 71 Ar, 22 Ca., Verkaufswert 1 000 000 Fr.

Zélatrices de la Sainte-Eucharistie (Mutterhaus in Paris, 60, Rue du Douai), 2 Ha., 75 Ar, 53 Ca., Verkaufswert 1 500 000 Fr.

Bei den Erhebungen stellte sich heraus, daß die frommen Brüder den Staat in der unverschämtesten Weise betrügen, indem sie sich der Steuerzahlung entziehen. So versteuern die Jesuiten nur Liegenschaften im Werte von 100 000 Fr.; für die übrigen 48,8 Millionen Frank haben sie die Steuern dadurch hinterzogen, daß sie eine Privatperson als Eigentümer angegeben. Die Assumptionisten und die Patres vom „heiligen Herzen" besitzen nach den Steuerrollen überhaupt keine Liegenschaften, sondern sind angeblich nur die Mieter der vorgeschobenen Eigentümer, die jedoch durch vorgefundene Gegenbriefe ihre Mieter als die wahren Eigentümer anerkennen. Die Schulbrüder besitzen 24 Millionen „direkt", indes 62 Millionen auf andere Namen verschrieben sind, während die pflegenden Schwestern des heiligen Vincent direkt 21½ Millionen, indirekt 42 Millionen besitzen.

Paris, wo eine große Anzahl Religionsgesellschaften ihr „Mutterhaus" haben, nimmt im Bericht allein 36 Seiten in Anspruch. Danach bestehen in der Reichshauptstadt acht autorisierte Religionsgemeinschaften für Männer; einzelne haben Vermögen von vielen Millionen. Außer den Autorisierten bestehen auch Nichtautorisierte für Männer sowohl als auch für Frauen. Der Besitzstand der Pariser Religionsgesellschaften beläuft sich im ganzen auf 134 Hektar im Werte von 192 Millionen Frank. Dazu kommen 269 Hektar im Werte von 38 Millionen Frank in der Umgebung der Hauptstadt.

Auf seiten der Regierung steht die gesamte Linke bis weit hinüber nach rechts. Alle Fraktionen sind zusammengetreten und haben bereits in einer Kommission die Vorlage behandelt.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 18. Januar 1901.

Der Reichstag

setzte gestern die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fort. Wieder waren es die sozialpolitischen Gegensätze, die die Debatte beherrschten. Der Ritter von der Laurahütte, Herr v. Kardorff, der aus purer Freundschaft zu einem Pylades Stumm den Vorsitz in der Budgetkommission niedergelegt hat, um sich ganz der Verteidigung seines Busenfreundes aus Saarabien zu widmen, brachte die gewöhnlichen Tiraden einer sozialpolitischen Rückständigkeit vor, von der ein so gemäßigter Mann wie Rösicke-Dessau jüngst meinte, daß sie wie ein verfeinertes Ueberbleibsel einer früheren Periode anmute. Weit interessanter, als die Rede Kardorffs, war das offene Eingeständnis des Zentrumsjuristen Rintelen, daß er das vielbesprochene Verbot des Streikpostenstehens für berechtigt erachte. Ein neuer Beitrag zu der mehrfach von uns hervorgehobenen Mauserung des Zentrums nach rechts hin. Sehr energisch wandte sich Genosse Fischer gegen die Anrempeleien Kardorffs, dessen sehr — interessante Vergangenheit ihm eigentlich etwas mehr Vorsicht auferlegen müßte. Ferner nagelte Fischer die Reuzerung Rintelens fest und las noch einmal dem Staatssekretär Posadowsky gründlich die Leviten. Recht wirksam war die Art und Weise, wie Fischer den düsteren Unheilpropheten Posadowsky an einen anderen Propheten, Namens Friedrich Wilhelm IV., seines Zeichens König von Preußen, erinnerte, der mit seinen Weissagungen bekanntlich nicht allzu viel Glück gehabt hat. Der freisinnige Schulmann Zwick sprach über das Elend der Kinderarbeit in einer Weise, die seinem feisten Parteipapst Richter nicht sonderlich gefallen dürfte, der es nicht allzu gern sieht, wenn seine Getreuen sich mit derartigen Kleinigkeiten allzu intensiv befassen.

Der Dr. Oertel wetteiferte wieder einmal mit Herrn von Kardorff in Sozialistenvernichtung, wenn er freilich auch die Sache nicht ganz so ungeschickt anfing, wie dieser. Alsdann wartete Graf Posadowsky dem Hause mit einer Entdeckung auf, die übrigens nicht ganz funkelnagelneu ist, sondern schon zur Zeit der Umsturzvorlage in offiziösen Blättern spukte, der Entdeckung nämlich, daß das Deutsche Reich sozusagen eine Unternehmung der Fürsten auf Kündigung sei. Im übrigen sprach der Graf des Innern recht zahm und äußerte sogar die Hoffnung der allmählichen Umwandlung der „leider" zur Zeit noch republikanischen Sozialdemokraten in militärfromme Monarchisten.

Eine sehr wirkungsvolle Anklagerede gegen die im Deutschen Reiche preußischer Nation beliebte Art der Sozialpolitik hielt Genosse Rosenow, der namentlich auch das vom Eisenbahnminister v. Thielen beliebte Vorgehen gegen die Straßenbahnangestellten gebührend geißelte. „Eisenbahnunglücks-

Auferstehung.

Von Graf Leo N. Tolstoi.

84] Deutsch von Wilh. Thal.

[Nachdr. verb.]

Uns wäre auch nie der Gedanke in den Kopf gekommen, man könne ein Kind, wie diesen Rosenberg, zum Tode verurteilen. Daher waren wir auch alle in dem Gefängnis der Meinung, diese Verurteilung sollte sie nur erschrecken, würde aber nie zur Ausführung gelangen. Die Aufregung, in die uns dieses Ereignis versetzt, beruhigte sich schließlich, und wir setzten unser Leben wie früher fort.

Eines Tages aber nähert sich mir der Aufseher und teilt mir ganz geheimnisvoll mit, die Arbeiter wären gekommen, um den Galgen aufzurichten. Zuerst verstand ich gar nicht. Den Galgen? Was für einen Galgen? Selbst der alte Aufseher schien so aufgeregt, daß ich, als er mich ansah, alles begriff. Ich wollte Zeichen geben, meine Kameraden benachrichtigen, doch ich fürchtete, meine beiden Nachbarn könnten mich hören. Uebrigens mußten meine Kameraden wohl auch schon unterrichtet sein, denn in den Gängen und Zellen war plötzlich eine Totenstille eingetreten. Niemand war an diesem Abend zum Singen, ja nicht einmal zum Sprechen aufgelegt.

Gegen zehn Uhr trat der alte Wärter wieder auf mich zu und teilte mir mit, der Henker wäre eben von Moskau angekommen. Er teilte mir das mit und entfernte sich. Ich rief ihn zurück, um noch weitere Erkundigungen einzuziehen, als ich hörte, wie Rosenberg mir aus seiner Zelle zurief:

„Was giebt's denn, warum rufen Sie ihn denn?"

Ich erwiderte ihm, ich wolle nur Tabak haben; doch Rosenberg mußte offenbar etwas ahnen, denn er fragte mich dann in aufgeregtem Tone, warum nicht gesungen würde und warum niemand spräche. Ich erinnere mich nicht mehr, was ich ihm erwiderte, und weiß nur, daß ich mich schlafend stellte, um dieser Unterhaltung ein Ende zu machen.

Ich schlief aber die ganze Nacht nicht. Eine entsetzliche Nacht! Nie werde ich diese furchtbaren Stunden vergessen können. Ich blieb unbeweglich auf meinem Bette liegen, lauschte auf das geringste Geräusch und zitterte, als sollte ich selbst gehängt werden. Bei Tagesanbruch hörte ich, wie die Thür des Korridors sich öffnete und zahlreiche Schritte sich näherten. Ich stand auf und lief an das Guckfenster meiner Zelle. Zuerst sah ich den Gefängnisdirektor vorüberkommen. Er war ein großer, dicker, mit sich selbst sehr zufriedener Herr, der sonst den Kopf sehr hoch trug; doch an diesem Tage war er blaß, düster und ging mit gesenkten Augen. Hinter ihm kam ein Polizeileutnant, dem zwei Gendarmen folgten. Diese vier Personen schritten an meiner Zelle vorüber, um einige Schritte weiter stehen zu bleiben. Dann hörte ich den Offizier mit eigentümlicher Stimme rufen: „Loginski, stehen Sie auf und ziehen Sie ein weißes Hemd an!" Dann lange Pause, dann höre ich die Schritte Loginskis, wie er die Zelle verläßt. Durch mein Guckfenster konnte ich nur noch den Direktor sehen. Er stand bleich und entstellt da und drehte an seinem Schnurrbart, ohne den Kopf zu erheben. Plötzlich sehe ich aber, wie er ganz entsetzt zurückweicht. Loginski ging nämlich an ihm vorüber, um sich der Thür meiner Zelle zu nähern. Ein schöner junger Mann, dieser Loginski! Sie wissen doch, jener reizende polnische Typus: breite, gerade Stirn, feine blonde Härchen und große blaue Augen, wahre Kinderaugen. Ein junger Mensch voll Gesundheit und Leben, eine wahre menschliche Blüte! Er war an meinem Guckfenster stehen geblieben, so daß ich sein Gesicht vollständig sehen konnte. Dieses Gesicht war schrecklich anzusehen, dieses gleichzeitig düstere und lächelnde Gesicht. „Krüllzoff, haben Sie eine Zigarette?" Ich wollte ihm eine geben, als der Direktor mit fieberhafter Eile sein Etui hervorholte und es ihm reichte.

Loginski nahm eine Zigarette, der Offizier gab ihm Feuer, und er fing an, mit nachdenklicher Miene zu rauchen. Plötzlich aber erhob er den Kopf, als wenn er sich an etwas erinnerte und murmelte: „Das ist ungerecht, ich habe nichts Böses gethan, ich . . ." Ein Zittern erschütterte seinen jungen weißen Hals, und er schwieg.

In demselben Augenblick hörte ich, wie Rosenberg in seiner Zelle mit seiner scharfen jüdischen Stimme zu schreien anfing. Loginski warf seine Zigarette fort und trat von meiner Thür weg. Jetzt stellte sich Rosenberg davor. Sein Kindergesicht mit seinen kleinen schwarzen Augen war rot und mit Schweiß bedeckt. Auch er trug ein reines Hemd, seine Hose war zu weit; er hob sie fortwährend mit seinen beiden Händen hoch, und sein ganzer Körper zitterte beständig.

Er näherte meinem Guckfenster sein hageres Gesicht und sagte:

„Nicht wahr, Anatol Petrowitsch, ich bin krank, der Arzt hat mir Brustthee verordnet? Ich will noch Brustthee trinken."

Niemand antwortete ihm und er warf flehende Blicke bald auf mich, bald auf den Direktor. Was er mit seinem Brustthee eigentlich sagen wollte, habe ich niemals erfahren.

Von neuem erhob der Offizier die Stimme und sagte diesmal in strengem Tone:

„Na, machen Sie keine Witze, vorwärts!"

Aber Rosenberg war augenscheinlich außer stande, zu begreifen, was man von ihm wollte. Zuerst fing er an, durch den Korridor zu laufen, dann blieb er stehen, und ich hörte sein Fliehen und Schluchzen. Dann entfernten sich die Töne und wurden immer leiser, die Thür des Korridors schloß sich wieder, und ich hörte nur noch zeitweise das verzweifelte Geschrei des kleinen Rosenberg.

Sie wurden gehängt. Ein Aufseher, der der Prozedur beigewohnt, erzählte mir, Loginski hätte alles mit sich ruhig geschehen lassen, doch Rosenberg hätte sich lange gesträubt, so daß man ihn auf das Schafott tragen und ihm den Kopf mit Gewalt in die Schlinge stecken mußte. Dieser Aufseher war ein kleiner Mensch, den der Trunk heruntergebracht hatte.

„Man hatte mir immer gesagt, Herr, es wäre schrecklich anzusehen, aber nein, das war es gar nicht. Sobald sie den Kopf in der Schlinge hatten, haben sie nur noch zweimal mit den Schultern gezuckt. Dann hat der Henker den Knoten aufgelockert, und alles war aus; ich versichere Sie, es war gar nicht schrecklich."

* * *

Noch lange Zeit blieb Krüllzoff in tiefes Schweigen versunken, nachdem er seine Erzählung beendet hatte. Nechludoff sah, daß seine Hände zitterten und daß er an sich halten mußte, um sein Schluchzen zu unterdrücken.

„Zeit diesem Tage bin ich Revolutionär geworden," fuhr er fort, als er sich beruhigt hatte, und erzählte in einigen Worten das Ende seiner Geschichte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010119-19/fragment/page=0001

minister" nannte er mit glücklichem Ausdruck den Grund. Gönner, Vetter und Schwager der ausbeuterischen, knebelwütigen, kohlenwucherischen rheinisch-westfälischen Schlotjunker.

Nachdem sich noch die Herren Hitze und Rintelen vom Zentrum in persönlichen Bemerkungen gegenseitig testiert hatten, daß ihre abweichenden Ansichten vom Streikpostenstehen nur persönlich seien, schloß die Sitzung kurz vor 6 Uhr. Heute ist wegen der höfischen Festlichkeiten keine Sitzung; sodann müssen die „Reichstreuen" ihren Katzenjammer ausschlafen; am Montag soll mit frischen Kräften über das Reichsamt des Innern weiter debattiert werden.

Im preußischen Abgeordnetenhaus

machte am Donnerstag vor Eintritt in die Tagesordnung Präsident von Kröcher Mitteilung über die Audienz des Präsidiums beim Kaiser. Danach hat der Kaiser u. a. gesagt, die preußischen Könige hätten nicht so Großes in der Geschichte leisten können, wenn sie nicht ein Volk hinter sich gehabt hätten, das ihnen so treffliche Offiziere, Soldaten und Beamte geliefert hätte; er hoffe, daß dies auch unter ihm und seinen Nachfolgern so bleiben werde. Die Volksvertretung, so erklärte Präsident von Kröcher, schließe sich dieser Hoffnung an, und brachte dann ein Hoch auf den Kaiser aus. Auf der Tagesordnung stand an erster Stelle die Interpellation Funck-Sänger, betr. das Offenbacher Eisenbahnunglück. Abg. Funck (Freisinnige Volkspartei) begründete eingehend die Interpellation, indem er insbesondere auch die Einführung der elektrischen Zugbeleuchtung verlangte. Minister v. Thielen beantwortete die Interpellation sehr eingehend. Er nahm seine Verwaltung gegen den Vorwurf übertriebener Fiskalität in Schutz. Wo es sich um die Betriebssicherheit handle, würden, wie die Etats zeigten, keinerlei Kosten gescheut. Dabei würden, so versicherte Herr von Thielen nochmals am Schluß seiner Rede, er sowohl wie seine Nachfolger sich von niemand, auch vom Finanzminister nicht, beeinflussen lassen. Auf Antrag Sänger wurde Besprechung gegen die Stimmen der Rechten beschlossen. Nachdem Abg. Sänger das Sparsystem der Verwaltung kritisiert, wurde die Beratung vertagt. Nächste Sitzung Montag, den 21. Januar, mit der Tagesordnung: Kleinere Etats.

Ein neuer Klüngel.

Wir lesen im Vorwärts:

Was sich Eingeweihte längst zuraunten, wird durch einen Aufsatz der Morgenpost zur öffentlichen Kunde: die Pommersche Hypothekenbank, die vor wenigen Monaten mit dem Titel einer Hofbank der Kaiserin begnadet wurde, ist ebenfalls mit einer Tochter diskreter Geburt behaftet und hat dieses Früchtchen mit von ihr beliehenen Grundstücken ausgestattet. Der Ableger heißt: Immobilien-Verkehrsbank und ist, ganz wie die Sanden-Sprößlinge, vom damaligen Direktor der Pommerschen Hypothekenbank begründet. Das Aktienkapital beträgt zwar nur 500 000 M., die Schulden aber waren Ende 1898 schon auf 18 Millionen gestiegen. Der Gewährsmann des genannten Blatts, der offenbar mehr weiß als er schon sagt, setzt der Bankleitung die fatale Frage auf die Brust, ob sie etwa der Ablegergesellschaft diese 18 Millionen geborgt hat und ob darunter, wie bei den Sanden-Banken, zugeschriebene, nicht bezahlte Zinsen sind. Unsere Vermutung, die wir an die Nachricht von der ins Wasser gefallenen Dividende knüpften, bestätigt sich also.

Mit der illegitimen Filiale ist aber der neue Klüngel noch nicht erschöpft. Es ist längst bekannt und auch hier erwähnt, daß die Pommersche Hofbank mit derjenigen von Mecklenburg-Strelitz in Personalunion lebt. Die Aufsichtsräte beider Banken sind beinahe identisch; auch Herr Munckel, der Vielbeliebte unter den Aufsichtsräten des Bau-, Terrain- und Hypothekengeschäfts, ist dabei; aus dem Aufsatz der Morgenpost geht nun hervor, daß mit der Personalunion auch eine Finanzunion verbunden ist, insofern die Pommersche Bank etwa 5½ Millionen neue Aktien des Strelitzschen Instituts aufgenommen hat. Der Verdacht, daß noch mehr ähnliche Schiebungen erfolgt sind, hat sehr viele Gründe für sich.

Als dritte im Bunde figuriert eine Provinzbank, die ebenfalls schon öffentlich als Besitzerin von 5 0000 M. Aktien der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank erwähnt ist, die Breslauer Diskontobank, bei der bis vor kurzem der gothaische, eben freierte Minister Hentig Aufsichtsrat war — ein Posten, den inzwischen der Abg. Prof. Paasche, vielseitigen Vermögens, übernommen hat, um sich die von ihm gehaßte Börse etwas näher anzusehen und vielleicht um seine Abneigung in glühende Liebe umzuwandeln. Ob Herr Hentig, der sich vom Bismarckschen Sachverwalter zum Intimus des hohen Adels entwickelt hat, eine Säule des Unternehmens war, eine Hofbankgruppe, isoliert von der übrigen Bankwelt ins Leben zu rufen, wäre zu erfahren sehr interessant.

Preußische Staatswerke im Jahre 1899.

Der preußische Bergwerksminister Herr Brefeld liefert erfreuliche Nachrichten von dem Betriebe der unter der preußischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung stehenden Staatswerke während des Etatsjahres 1899. Erfreulich — für den Fiskus.

„Infolge der nunmehr seit dem Jahre 1895 andauernden günstigen Lage auf dem Gebiete des Handels und der Gewerbe haben sich die wirtschaftlichen Ergebnisse des Betriebes der staatlichen Bergwerke, Hütten und Salinen auch im abgelaufenen Rechnungsjahre wiederum recht zufriedenstellend gestaltet. Die Werke waren fast durchweg mit lohnenden Aufträgen reichlich versehen, sie konnten sogar trotz der eifrigsten Bemühungen, welchen jedoch in dem das ganze Jahr andauernden Mangel an geeigneten Arbeitskräften eine natürliche Grenze gesetzt war, mit den sich stetig steigernden Anforderungen nicht immer Schritt halten. Namentlich stellte sich auf dem Kohlenmarkte infolge der bedeutenden Steigerung des Verbrauchs eine bisher nicht gekannte Knappheit ein, welche noch durch das Zusammentreffen außerordentlicher Umstände, namentlich durch das infolge der südafrikanischen Verwickelungen eingetretene Minderangebot englischer Kohle, den überaus langen und strengen Winter und die Ausstandsbewegung der böhmischen, mährischen und sächsischen Bergarbeiter nicht unwesentlich verschärft wurde. Unter diesen Umständen konnten die Preise nicht nur ihre vorjährige Höhe behaupten, sondern es traten sogar noch weitere Preiserhöhungen ein. Infolgedessen ist auch das finanzielle Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres wiederum ein günstiges gewesen, obschon der Gewinn aus der Erhöhung der Verkaufspreise durch die erheblich gestiegenen Selbstkosten (in den Löhnen und Materialkosten) nicht unwesentlich abgeschwächt wurde."

Die tröstende Mär von der Wirkung des böhmischen und sächsischen Ausstandes auf die Kohlenkrisis und die Fabel von „erheblichen Lohnsteigerungen" der Grubenleute darf natürlich nicht fehlen! Die organisierte Bergarbeiterschaft hat längst nachgewiesen, daß diese Unterstellungen in jedem Betrachte hinfällig sind.

Der rechnungsmäßige Ueberschuß der gesamten Staatswerke bezifferte sich auf 37 261 782 M. und übertrifft somit denjenigen des Vorjahres um 7 208 316 M.

Der Gesamtwert der Förderung hat 1899 157 272 480 M. bei einer Belegschaft von 64 368 Mann betragen.

Auf den Steinkohlenbergwerken des Staates wurden 1899 15 115 731 Tonnen (1 Tonne gleich 20 Zentner) im Werte von 139 035 990 M. bei 57 700 (1898: 54 695) Mann Belegschaft gewonnen. Die Jahresleistung auf den Kopf der Belegschaft wird mit 262,01 Tonnen (1898: 263,4), der Durchschnittswert einer Tonne Steinkohlen mit 9.20 M. (im Vorjahre 8.45 M) berechnet.

Die Ueberschüsse der Staatswerke betrugen in den letzten zehn Jahren:

	Mark	Belegschaft	Ueberschuß pro Mann
1890:	24 464 383	56 475 Mann	433 M.
1891:	17 112 635	57 939 „	295 „
1892:	13 829 664	57 307 „	241 „
1893:	15 084 125	55 322 „	273 „
1894:	15 024 915	57 009 „	263 „
1895:	19 440 106	58 942 „	330 „
1896:	23 684 868	62 106 „	372 „
1897:	26 672 539	64 217 „	415 „
1898:	30 053 496	66 796 „	450 „
1899:	37 261 782	69 863 „	533 „

Die fiskalischen Profite sind in hoher Blüte. Wie aber steht es mit dem Bergarbeiterschutz? Der Bundesrat hat es abgelehnt, dem Beschlusse des Reichstags auf Vorlegung eines Reichsberggesetzes beizutreten. Das Reichsberggesetz sollte einen wirksamen Bergarbeiterschutz bringen. Der Profit ist im preußischen Sozialstaate wichtiger als der Schutz der Arbeiter.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte gestern ihre Berathung des Eisenbahnetats fort, von dem mehrere Titel bewilligt wurden. Der Abgeordnete Singer empfiehlt, eine Petition der Eisenbahnbeamten um Gehaltserhöhung usw. nur inhaltlich zur Kenntnis der Regierung zu bringen. Der Regierungsvertreter, Geh. Rat Glöckner betonte, die Regierung könne nicht darauf verzichten, den Wortlaut der Petition und die Persönlichkeiten der Petenten kennen zu lernen. Hierüber entspann sich eine längere Diskussion, in der sich die Redner gegen das Verlangen der Regierung erklärten; eine Beschlußfassung fand nicht statt. Die Kommission vertagte sich bis zum Dienstag, den 22. d. Mts.

Ohne Zuhörer. Auf ausdrücklichen Befehl Wilhelm II. durfte gestern niemand dem militärischen Schauspiele zu Ehren des Krönungsjubiläums im Lichthofe des Zeughauses beiwohnen außer den befohlenen Offizieren. Wilhelm II. hielt eine Ansprache, welche nach dem offiziösen Berichte von dem Gedanken ausging, das Offizierkorps sei stets in den 200 Jahren des Bestehens des Königreichs Preußen der beste Lehrer des Volkes in der Königstreue gewesen. — Es ist zu bedauern, daß nicht der Wortlaut der jedenfalls recht interessanten Rede bekannt wird.

Als unverdächtiger Zeuge über die Beweggründe, die den brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. veranlaßten, den Königstitel zu erstreben, dürfte sein Enkel, der König Friedrich II. (der Große) gelten. Er bezeichnet in seinen Denkwürdigkeiten die Erwerbung der Königskrone als Werk der Eitelkeit.

Ausland.

Oestreich. Das Parteiprogramm der Schönerergruppe macht den Mitgliedern zur Pflicht, die Angliederung Oestreichs an Deutschland anzustreben, und an der „Los von Rom"-Bewegung festzuhalten.

Vom Krieg in Südafrika. Englische Flausen. Von englischer Seite wird heute berichtet über einen Rückzug der Buren aus der Kapkolonie. Auch die Wet habe auf dem Rückzug den Vaal überschritten und sich den Burenkommandos in Transvaal angeschlossen. Weiteren Berichten zufolge hätten die Buren auf ihrem Rückzuge nach dem erfolglosen Angriff auf Zuurfontein und Kaalfontein am letzten Sonnabend ziemlich schwere Verluste erlitten. Man schätze sie auf 60 Tote und Verwundete. Gleichzeitig aber wird aus dem Süden der Kapkolonie über ein Gefecht bei Murraysburg in der Nähe von Graafreinet berichtet. Die Engländer wurden zurückgeschlagen und verloren 2 Offiziere sowie 10 Mann, die tot sind. 2 Offiziere und 16 Mann wurden verwundet; zwei Offiziere und 14 Mann wurden gefangen genommen. Auch die Daily Mail meldet aus Kapstadt vom Donnerstag, daß die Buren am Mittwoch in Aberdeen, 40 Meilen südlich von Graafreinet, eingedrungen sind.

Der Kampf in China.

Die Unterzeichnung der Friedensnote hat anscheinend die Lösung der Frage um keinen Schritt näher gebracht.

Der dem englischen Auswärtigen Amt nahestehende Daily Telegraph begrüßt die Unterzeichnung der chinesischen Vertragsnote mit einem äußerst zurückhaltenden Artikel. Von dem, was man vor einigen Monaten verlangt und erwartet habe, sei herzlich wenig erzielt worden. Peking sei nicht dem Erdboden gleich gemacht, die Kaiserin nicht abgesetzt. Prinz Tuan habe wenig oder nichts zu fürchten, selbst Tunfuhsians Aussichten seien nicht hoffnungslos. In der Hauptsache habe China das Spiel gewonnen, die Dynastie sei unversehrt geblieben und keine wesentliche Sühne für ein Verbrechen ohnegleichen verhängt worden. Der Hauptzweck im Herbste sei gewesen, einen mächtigen Eindruck auf die chinesische Einbildungskraft zu machen, was aber schwerlich gelungen sei.

In einem Rundschreiben an die Befehlshaber der Truppenkontingente beschwert sich Graf Waldersee darüber, daß jede Heeresabteilung auf eigene Hand vorgeht. Er schlägt, um nicht bei den Chinesen die Meinung aufkommen zu lassen, die Mächte seien untereinander uneinig, folgende Regeln vor:

1. Die Truppen jeder Nation nehmen nicht mehr Unterkunftsräume usw. für sich in Anspruch, als ihrem Bedürfnis entspricht, und nehmen davon Abstand, Städte, Dörfer oder einzelne Baulichkeiten, deren sie nicht bedürfen, mit ihren Flaggen zu bezeichnen. 2. Es ist nicht statthaft, Oertlichkeiten, die nur zum Teil oder gar nicht mit Truppen belegt sind, unter den ausschließlichen Schutz einer Macht zu stellen. 3. Flaggen irgend einer Nation, die von Einwohnern an ihren Häusern usw. angebracht werden, gelten nicht als Nationalflaggen und können nicht dazu dienen, die damit bezeichneten Oertlichkeiten der Benutzung durch Truppen anderer Nationen zu entziehen. Trotzdem sind die Flaggen selbst mit Achtung zu behandeln. Sie dürfen nicht mit Gewaltthätigkeiten entfernt werden, doch ist es gestattet, neben ihnen die Flaggen anderer Nationen zu hissen, falls dies wünschenswert sein sollte. 4. Die mit Truppen oder Wachen anderer Nationen belegten Baulichkeiten dürfen von Truppen anderer Nationen nicht betreten werden, selbst wenn nicht alle Ausgänge mit Posten besetzt sein sollten. 5. Schutzbriefe und Passierscheine, die einzelnen Persönlichkeiten durch Vertreter einer Nation ausgestellt werden, sind von den Truppen aller Nationen als giltig zu betrachten, so lange nicht zwingende Umstände vorliegen, gegen den Besitzer eines derartigen Schriftstückes vorzugehen. Entrete ndenfalls ist dem Führer der nächstgelegenen Wache oder Truppe derjenigen Station Mitteilung zu machen, von deren Angehörigen der Schutzbrief ausgestellt ist."

Das muß ja heiter zugehen dort drüben, wenn der Weltmarschall einen solchen Erlaß für notwendig hält.

Er hatte sich der Partei der „Populisten" angeschlossen und war der Anführer einer Gruppe geworden, die das Ziel verfolgte, die Regierung zu terrorisieren, damit diese auf die Macht verzichte und einzig und allein an das Volk appelliere. Im Namen seiner Gruppe hatte er sich nach Petersburg begeben, war im Auslande gereist, war nach Kiew und Odessa zurückgekehrt und hatte überall wirken können, ohne beunruhigt zu werden. Ein Mann, zu dem er volles Vertrauen hatte, hatte ihn denunziert; man hatte ihn verhaftet, zwei Jahre im Gefängnis behalten und endlich zum Tode verurteilt; doch war seine Strafe in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt worden.

Im Gefängnis war er schwindsüchtig geworden, und hatte jetzt, in den Verhältnissen, in denen er sich befand, kaum noch wenige Monate zu leben. Er wußte das und war darüber durchaus nicht bekümmert. Er sagte zu Nechludoff, hätte man ihm ein zweites Leben geschenkt, er hätte es genau in derselben Weise angewendet, nämlich, um an der Zerstörung eines Zustandes zu arbeiten, in dem so viel Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten erlaubt waren. Die Geschichte des Unglücklichen, sowie seine ganze Person klärten Nechludoff über viele Dinge auf, die er bis dahin nicht verstanden hatte.

Viertes Kapitel.

An dem nämlichen Tage, an welchem sich beim Abmarsch die Szene zwischen dem Offizier und dem Verbrecher wegen des kleinen Mädchens abgespielt hatte, erwachte Nechludoff, der die Nacht in einem Wirtshause zugebracht, ziemlich spät am Morgen, und hatte noch eine Zeitlang mit Briefen zu thun, die er nach der Kreisstadt schicken wollte. Auf diese Weise geschah es, daß er das Wirtshaus später als sonst verließ und den Zug nicht mehr auf der Landstraße antraf: er kam nämlich erst gegen Einbruch der Dämmerung in das Dorf, in welchem die nächste, auf einen halben Tag berechnete Rast abgehalten wurde.

Er säuberte sich in dem Gasthause, dessen Wirtin ein altes, beleibtes Weib mit ganz besonders weißem, dickem Hals war, und saß nun in einem saubern Zimmer, dessen Ausstattung in einer großen Anzahl von Heiligenbildern und andern Gemälden bestand. Hier nahm er den Thee zu sich und begab sich dann nach dem Rastgebäude, um den Offizier um die Erlaubnis zu bitten, den Gefangenen einen Besuch machen zu dürfen.

An den letzten sechs Rasttagen hatten sämtliche Offiziere, obwohl sie sich ablösten, Nechludoff keinen Eintritt in das Rastgebäude gewährt, so daß er Katusche schon seit längerer Zeit nicht zu Gesicht bekommen hatte. Diese außergewöhnliche Strenge hatte darin ihre Erklärung, daß man eine Revision von seiten eines durchreisenden hohen Beamten in Sachen des Gefängniswesens erwartete. Jetzt aber war dieser hohe Beamte bereits durchgereist, ohne den Gefangenenzug auch nur eines Blickes zu würdigen, und Nechludoff hegte deshalb die Hoffnung, der Offizier, der das Kommando am Morgen angetreten, werde ihm ebenso wie seine Vorgänger die Erlaubnis erteilen, mit Katusche sprechen zu dürfen.

Die Wirtin des Gasthauses wollte Nechludoff einen Tarantass zur Verfügung stellen, mit dem er nach dem Rastgebäude fahren konnte, das am äußersten Ende des Dorfes lag, doch Nechludoff zog es vor, in Begleitung eines starkschultrigen Burschen, der ungeheuer große, mit Birkenharz geschmierte Stiefel trug, zu Fuß dorthin zu wandern.

Ein dichter, feuchter Nebel fiel hernieder, und die Dunkelheit wurde so stark, daß Nechludoff den Burschen nicht mehr zu sehen vermochte, wenn er sich nur drei Schritte weit entfernte und der Lichtschein aus den Fenstern nicht auf ihn fiel. Er hörte dann nur noch, wie der Bursche mit seinen großen Stiefeln durch den dicken Kot tappte. Zuerst kamen sie über einen Platz, auf dem eine Kirche stand, und durch eine lange Straße, in der viele Fenster hell erleuchtet waren, und endlich gelangte Nechludoff mit seinem Begleiter an das Ende des Dorfes, das in tiefe Finsternis gehüllt war.

Bald aber zuckten auch in dieser Dunkelheit rötliche Flämmchen auf, die den Nebel zerrissen. Das war das Licht der Laternen, die an dem Rastgebäude brannten. Diese rötlichen Flämmchen traten immer deutlicher hervor und vergrößerten sich, und bald zeigte sich auch die Umfriedigung und die dunkle Gestalt einer Schildwache, hinter der ein Laternenpfahl und ein Schilderhaus auftauchte. Wie üblich rief die Schildwache die Näherkommenden mit den Worten: „Wer da?" an, und als sich herausstellte, daß es Fremde waren, wurde sie so grob, daß sie Nechludoff nicht einmal gestatten wollte, neben der Umfriedigung stehen zu bleiben. Doch sein Begleiter ließ sich durch den groben Ton der Schildwache nicht verblüffen, sondern sagte zu dem Soldaten:

„Na, was ist denn los? Warum wirst Du denn so wütend? Ruf' mal den Unteroffizier! Wir werden so lange hier warten!"

Der Soldat erwiderte kein Wort, brüllte etwas in die Thür hinein und rührte sich nicht vom Flecke, sondern beobachtete mit aufmerksamem Blicke den stämmigen Burschen, der Nechludoffs Stiefel beim Scheine der Laterne mit einem Stückchen Holz von dem daran klebenden Schmutz säuberte.

Jetzt ließ sich hinter der Umfriedigung ein dumpfes Gemisch von männlichen und weiblichen Stimmen vernehmen. Etwa drei Minuten später wurde das Rasseln von Ketten hörbar, eine Thür wurde aufgerissen, und in den Lichtschein der Laterne trat aus der tiefen Finsternis ein Unteroffizier, der in einen Mantel gehüllt war. Er fragte, was man wünsche, und Nechludoff übergab ihm seine Karte, die er bereits hervorgezogen, und auf der er die Bitte aussprach, man möchte ihm in persönlichen Angelegenheiten den Eintritt in das Gebäude gewähren.

Der Unteroffizier war zwar nicht so grob wie die Schildwache, dafür zeigte er sich aber um so neugieriger. Er wollte um jeden Preis wissen, in welcher Angelegenheit Nechludoff den Offizier sprechen wollte, und wer er war. Nechludoff erklärte, er hätte eine rein persönliche Angelegenheit zu erledigen, fügte hinzu, er werde sich dankbar erweisen und bat, man möchte die Karte übergeben. Der Unteroffizier nahm sie an sich, nickte zustimmend mit dem Kopfe und verschwand.

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

— **Ein kluger Sohn.** Vater (der sich soeben die zehnte Maß einschenken ließ): . . . Wenn Mama fragt, wie viel Bier ich getrunken, so sagst Du drei! . . . Verstanden?"

Karlchen: „Papa, ich will lieber sagen: sechs, sonst merkt sie's!"

— **Im Konzertsaal.** Herr: „Was hat Ihnen wohl beim Erlernen Ihrer Kunst die meisten Schwierigkeiten gemacht?"

Sängerin: „Die Nachbarn!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010119-19/fragment/page=0002

Soziales.

— **Neues vom Kohlenwucher.** Eine abermalige Erhöhung der Kohlenpreise meldet ein Telegramm aus Zwickau: Die Werksdirektion der Wilhelmschächte erhöhte abermals die Kohlenpreise um 10 Mark pro Doppelwagen. Die übrigen Schächte haben die gleiche Preiserhöhung bereits vor kurzem vorgenommen. Eine Erhöhung der Löhne findet auch diesmal nicht statt.

— **Fürstliches Pferd und fürstliche Arbeiter.** Aus Donaueschingen wird berichtet, daß die Forstverwaltung des Fürsten Fürstenberg in diesem Winter viel Holz schlagen läßt. Der Holzhauer verdient täglich knapp eine Mark, aber für die Pflege der fürstlichen Pferde wird per Tier täglich mindestens 3 Mark aufgewendet.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Wegen Beleidigung des Kriegervereins** wurde der Redakteur des Volksblatts für Anhalt, Genosse Günther in Dessau, zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Dasselbe Urteil war in dieser Sache schon einmal gefällt worden. Das Reichsgericht hatte das Urteil wieder aufgehoben, weil die Verurteilung aus § 186 (Behauptung einer unwahren Thatsache) erfolgt war, nach Lage der Sache aber die Aeußerung des Angeklagten, der Kriegerverein habe „mit frecher Stirn das Gesetz übertreten", nur als Beleidigung aus § 185 (einfache Beschimpfung) eintreten könne. Die Strafkammer, die wiederholt über den Fall verhandelte, kam auch bei der Beurteilung aus § 185 zu demselben Urteil.

Parteinachrichten.

— **Im Organ des Buchdruckerverbandes war vor einiger** Zeit mitgeteilt worden, daß Genosse Schönlank einen seiner Kollegen in der Redaktion der Leipziger Volkszeitung geohrfeigt habe. Darauf erklärte nun Genosse Katzenstein in demselben Blatte, nicht Schönlank habe einem andern Kollegen Ohrfeigen gegeben sondern er habe von Katzenstein Ohrfeigen erhalten und zwar am 15. oder 16 Oktober 1896. Man kann es den bürgerlichen Blättern nicht übelnehmen, wenn sie daraus Kapital schlagen, obwohl gerade sie den wenigsten Anlaß hätten, den Vorgang ins breite zu ziehen, zumal die Auslassung des ZentrumsabgeordnetenÖren, er würde seinem Fraktionsfreunde Dasbach rechts und links ein paar herunterhauen, wenn das geistliche Gewand ihn nicht schützte, noch in frischer Erinnerung ist und auch zahlreiche andere Ohrfeigen-Affairen aus den bürgerlichen Kreisen bekannt sind. Die Parteigenossen tadeln jedoch mit Recht die große Taktlosigkeit, die Genosse Katzenstein beweist, wenn er jetzt eine Geschichte aufwärmt, die vor vier Jahren sich zugetragen hat. Da Katzensteins Name in der ersten Notiz nicht genannt war, hatte er keinen Grund, einem Herkäuser Wasser auf die Mühle zu liefern. Im übrigen ist Herkäuser immer noch die Antwort schuldig auf die vor nun sechs Wochen bekannt gegebene Thatsache, daß um seinetwillen, als er Anfang der neunziger Jahre in die Druckerei der Münchener Post eintrat, einem alten Verbandsmitglied gekündigt wurde, um Platz für Herkäuser zu schaffen, der sich damals als rabiater Sozialdemokrat geberdete. Herkäuser hat ruhig geschehen lassen, daß einer seiner Verbandskollegen um seinetwillen die Kündigung erhielt. Damit will sein gegenwärtiges Verhalten im Leipziger Zwiste wenig harmonieren. Wenn er selbst zugelassen hat, daß die größere oder geringere Thätigkeit für die Partei ausschlaggebend sein soll für die Beschäftigung in einer Parteidruckerei, so könnte er immerhin seine Entrüstung über das Leipziger Vorkommnis etwas zügeln.

— **Parteiorganisation.** Im Wahlverein des 12. sächsischen Reichstags-Wahlkreises (Leipzig-Stadt) beschloß die Generalversammlung, den noch nicht gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen zu empfehlen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Es sollen zu Vertrauensämtern nur solche Genossen berufen werden, die auch gewerkschaftlich organisiert sind.

— **Eine staatsgefährliche Urteilsbegründung.** Unser Krakauer Par erhält Naprzod veröffentlichte einen Bericht von der zweiten Verhandlung über die Klage der galizischen Richter gegen das Wiener „Barreau". Es wurde auch die Begründung des Urteils abgedruckt, und der Staatsanwalt konfiszierte diese Urteilsbegründung. Der Naprzod weist darauf hin, daß der konfiszierte Passus die wörtliche Uebersetzung der in der Neuen Freien Presse wiedergegebenen Urteilsbegründung ist.

— **Zur polnischen sozialdemokratischen Bewegung.** Durch die Blätter geht diese Notiz:

„Der (deutsche) Parteivorstand hat infolge Differenzen zwischen der Leitung des polnischen Blattes in Berlin, der Gazeta Robotnicza und den Genossen von Posen und Oberschlesien, die ihr nationalistischen Charakter, wie überhaupt Unbrauchbarkeit vorwarfen, der Leitung der Gazeta Robotnicza erklärt, daß die bis jetzt dem Blatte seit zehn Jahren gewährte Unterstützung von 200 Mark monatlich vom 1. April aufhört."

Die Meldung ist in der Begründung nicht ganz korrekt. Die Entziehung der Subvention erfolgt, weil ein friedliches Zusammenarbeiten der polnischen und der deutschen Genossen in Posen und Oberschlesien durch das Verhalten der G. R. mehr gestört als gefördert wird.

Der polnische Parteivorstand will übrigens die G. R. nach Oberschlesien verlegen.

— **Ein Volksgericht.** Wie unseren Lesern wohl noch erinnerlich sein wird, wurde vor einigen Monaten Genosse Bh. Wiemer in Nürnberg, der Vorstand des über 23000 Mitglieder zählenden Unterstützungsvereins Frauenstift, wegen Untreue und Unterschlagung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl im Gerichtssaale festgestellt worden ist, daß Wiemer dem Verein nicht einen Pfennig veruntreut, sondern dessen Geschäfte gut geführt hat. Die Aktion war eine Rachethat des früheren Kassierers des Vereins, Namens Teufel. Er hatte Wiemer mehrfach Darlehen und Gehaltsvorschüsse gegeben, als beide noch gut befreundet waren; als er sich mit Wiemer verfeindete, leate er dessen Quittungen in die Kasse und nahm dafür das an Wiemer geliehene Geld heraus. Später erhob er die Beschuldigung der Unterschlagung, die zu dem Prozeß und zur Verurteilung führte. Wiemers Revision wurde vom Reichsgericht verworfen, dagegen unterzogen die Mitglieder des Vereins Frauenstift das unerhörte Urteil selbst einer Revision, indem sie am Sonntag in der Generalversammlung Wiemer mit 732 von etwas über 1000 Stimmen wieder zu ihrem Vorstand wählten. Eine glänzendere Genugthuung konnte dem einer gemeinen Rachsucht zum Opfer gefallenen Genossen wohl nicht werden. Dem Denunzianten Teufel wurde eine moralische Hinrichtung bereitet, wie sie noch nicht da war, schließlich mußte er den Saal mit einiger Nachhilfe verlassen. Bezeichnend für den Charakter dieses Menschen ist, daß er seine Unterschrift unter einem Protokoll des Aufsichtsrates des Vereins, worin konstatiert ist, daß die Wiemer gegebenen Gelder Gehaltsvorschüsse waren, rundweg ableugnete, auch dann noch, als er sofort an der Hand von Dokumenten überführt wurde. Und auf die Aussage dieses Mannes hin wurde Wiemer verurteilt!

Gewerkschaftliches.

Der Leipziger Töpfer-Streik ist nach 13wöchiger Dauer nunmehr als beendet erklärt worden. Die Auseinandersetzungen hatten kurz zuvor noch einen letzten Versuch zu einer beiderseitigen Verständigung gemacht, indem sie das Gewerbegericht als Einigungsamt anriefen. Die gegenwärtige ungünstige Geschäftszeit und die zahlreichen Arbeitswilligen haben aber auch diesen Versuch zum Scheitern gebracht; der Innungsvorstand lehnte die Einigungsverhandlungen ab. Die Innung hat einen Arbeitsnachweis gegründet, der unter Leitung des Obermeisters stehen und von vier Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern verwaltet werden soll. Es befanden sich noch siebzig Personen im Ausstande, die, so weit sie seit längerer Zeit zum örtlichen Unterstützungsfonds gesteuert haben, auch ferner nach Möglichkeit unterstützt werden.

Der 3. Kongreß der Schriftgießer Deutschlands trat am 13. Januar im Gewerkschaftshaus „Germania" in Dresden zusammen. Anwesend sind 28 Delegierte. Den ersten Gegenstand der Verhandlung bildete der Geschäftsbericht der Zentralkommission, den Fischmann gab. Der Auftrag der Zentralkommission, den dieselbe vom 7ten Kongreß erhalten hatte, bestand darin, die Einführung einheitlicher Lohntarife in die Wege zu leiten, die Gründung von Fachvereinen zu fördern und den Anschluß der Arbeiterinnen herbeizuführen. Was den ersten Auftrag anbetrifft, so ist es gelungen, in den Städten Berlin, Dresden, Breslau, Leipzig einheitliche Tarife einzuführen. Fachorganisationen mit Anschluß der Arbeiterinnen bestehen in Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Offenbach a. M. Nach Einführung des Berechnens überstieg der Verdienst der Gehilfen um ein Beträchtliches den früheren Lohn. Die Leipziger Prinzipale trachteten deshalb nach Reduktion des Tarifs und beantragten die Schaffung eines Normaltarifs. Die Herren wurden auf den nunmehr stattfindenden Kongreß verwiesen. Offenbach hat das gewisse Geld wieder eingeführt und zwar ohne Zustimmung der Zentralkommission. Die aufgenommene Statistik ergiebt, daß neun Zehntel der Schriftgießer Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker sind. Die Delegierten erklären sich im allgemeinen mit der Thätigkeit der Zentralkommission zufrieden. Dem Bericht folgen verschiedene Ergänzungen mit dem Hinweis, daß in den noch folgenden Situationsberichten der Delegierten weitere Aufklärung über gethane Schritte folge.

Die Arbeits- und Lohnbedingungen des Kontorpersonals der Konsumvereine bildete den Verhandlungsgegenstand einer Vertreterkonferenz der sächsischen Konsumvereine, die am 13. d. M. in Chemnitz tagte. Die betreffenden Angestellten hatten die Anregung für eine Regulierung der Gehaltsätze gegeben und folgendes vorgeschlagen: In Städten von unter 100000 Einwohnern ist ein Anfangsgehalt von mindestens 90 Mk. zu zahlen, das in 10 Jahren auf 150 Mk. zu steigen hat; in Städten von über 100000 Einwohnern beträgt das Anfangsgehalt 100 Mk. und steigt innerhalb 10 Jahren bis auf 175 Mk. Jugendliche Angestellte unter 21 Jahren können entsprechend niedriger eingestellt werden, jedoch nicht unter 75 Mk. pro Monat. Die Gehaltszahlung hat wöchentlich zu erfolgen. — Die tägliche Arbeitszeit für die Kontor-Angestellten beträgt 8 Stunden; desgleichen ist der Betrieb im Lager so einzurichten, daß die Arbeitszeit der Lagerangestellten nur in Ausnahmefällen 8 Stunden übersteigt. Sonntagsarbeit, wo solche notwendig, wird besonders vergütet. — Den Kontor- und Lagerangestellten ist jährlich eine Ferienzeit von 14 Tagen unter Fortzahlung des Gehalts zu gewähren.

Es wurde eine Kommission eingesetzt, die mit Vertretern der Angestellten verhandeln soll; die Vorschläge wurden im allgemeinen wohlwollend beurteilt.

Eine spätere Konferenz soll auch über die Errichtung eines Schiedsgerichts zur Schlichtung von etwa entstehenden Streitigkeiten zwischen Verwaltung und Angestellten der Konsumvereine Beschluß fassen.

Der Verband deutscher Lederhandschuh-Fabrikanten hat 317 Halberstädter Handschuharbeiter, die von den Unternehmern ausgesperrt sind, auf die schwarze Liste gesetzt.

Die Streiklausel. Der Arbeitgeberverband des Baugewerbes hat sich auch an das sächsische Kriegsministerium gewandt, um die Einführung der Streiklausel bei den von dieser Behörde zur Ausführung gelangenden Bauten zu erlangen. Das sächsische Kriegsministerium hat nun zwar abgelehnt, die Streiklausel allgemein einzuführen, da das nicht „im staatlichen Interesse liegt", aber im übrigen können die Unternehmer mit der ministeriellen Antwort wohl zufrieden sein. Es heißt dort u. a., daß mit Rücksicht auf die „schwierige Lage", in der sich das Baugewerbe „insbesondere auch beim Eintritt von Arbeitseinstellungen befindet, schon bisher in allen den Fällen, wo infolge von Streiks Verzögerungen in der Fertigstellung von Bauausführungen in Aussicht standen, den Ausführenden in thunlichster Weise entgegengekommen worden ist.

Dieses Entgegenkommen soll, wenn erforderlich und falls die Verhältnisse es gestatten, auch in Zukunft beibehalten werden." — Mein Liebchen, was willst Du noch mehr! Allgemein, als Prinzip wird zwar die Streiklausel nicht eingeführt, dafür aber in jedem einzelnen Fall angewandt.

Ausland.

Belgien. Der Streik der Glasarbeiter in Charleroi, der mehrere Monate dauerte, wurde soeben mit einem Sieg der Arbeiter beendet. Die Arbeitgeber erkennen den Gewerkverein an.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Halle a. S., 17. Januar.

Unangenehme Folgen stehen dem Kassierer des Tapezierervorbandes, Paul Becker von hier, der wegen Unterschlagung angeklagt war, bevor. Becker wurde im Oktober 1898 zum Kassierer gewählt und soll sich in der Zeit vom August bis Oktober v. J. ca. 60 Mk. einkassierte Beitragsgelder angeeignet und dieselben für sich verbraucht haben. Um aber diesen Fehlbetrag zu decken, soll er am 18. Oktober auf das Sparkassenbuch der Organisation 60 Mk. unter dem Namen des Revisors abgehoben haben. Der Angeklagte räumt die Unterschlagung ein und behauptet, er wäre infolge seiner Wahl zum Kassierer des Verbandes außer Arbeit und dadurch in Not gekommen. Der Staatsanwalt beantragte 3 Wochen Gefängnis. Nachdem wurde aber durch den als Zeugen geladenen Revisor dargelegt, daß der Angeklagte bei dem Erheben des Geldes auf der Sparkasse die Quittung fälschlich mit dem Namen des Revisors unterzeichnet habe. Nach der Ansicht des Staatsanwalts lag hiernach auch schwere Urkundenfälschung vor, weshalb er beantragte, den Angeklagten zu verhaften und die Akten zur weiteren Untersuchung der Staatsanwaltschaft zurückzugeben, da die Sache ev. vor das Schwurgericht gehöre. Das Gericht beschloß demgemäß, lehnte aber den Haftbefehl ab.

Ziemlich verwahrlost ist der kaum 18jährige, aber oft vorbestrafte Landungsgehilfe Franz Lanisky aus Berlin, der es hier verstand, mehrere Bürger in raffinierter Art und Weise zu beschwindeln und zu betrügen. Er entwendete auch Gelder, Uhren und Ketten und wurde zu einer Zusatzstrafe von 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Versammlungsberichte.

Steinsetzer.

In der am 13. Januar stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung das unentschuldigte Fehlen des Schriftführers sowie des stellvertretenden Schriftführers gerügt. Darauf erstattet der Kassierer die Jahresabrechnung, wie folgt:

Einnahme	880.53 M.
Ausgabe	702.78 „
mithin Bestand:	177.75 M.

Der Mitgliederbestand betrug im 1. Quartal 86, im 2. Quartal 96, im 3. Quartal 100, im 4. Quartal 104 Mitglieder. Ausgeschlossen wurden 8 Steinsetzer, da dieselben während unseres Streiks arbeitswillig wurden.

Als Restanten mit größeren Beiträgen sind 8 Mann zu verzeichnen.

Die Einnahmen und Ausgaben der Unterstützungskasse balancieren mit 118.50 M. Von den Revisoren wird bekundet, daß beide Kassen in Ordnung gewesen sind, hingegen die Kasse über Streikfonds sowie Arbeitersekretariatsmarken betr. der Buchführung vieles zu wünschen übrig ließ. Die Abnahme dieser Kasse wird bis zur nächsten Versammlung vertagt, damit erst sämtliche außenstehenden Marken eingezogen werden können. Ferner wird noch beschlossen, sämtliche Verbandsbücher sowie Streikfondskarten einzuziehen. Eine Kommission von 8 Mann wurde bestimmt, diese Einziehung zu regeln. (Sämtliche Kollegen werden ersucht, dieses Amt der Kommission dadurch zu erleichtern, daß sie die betreffenden Bücher usw. bereitlegen. D. Schriftführer.) Die Bücher sind in der nächsten Versammlung wieder abzuholen.

Ueber den Punkt Vorstandswahl entspann sich eine lebhafte Debatte. Der Vorstand wird bis zur Erledigung unres, nun bereits 19 Wochen dauernden Streiks aus folgenden Kollegen bestehen: P. Meißner, 1. Vors., B. Göhre, 2. Vors., K. Müller, 1. Kassierer, K. Rau, 2. Kassierer, Otto Koch, 1. Schriftführer, R. Man, 2. Schriftführer. Als Revisoren werden die Kollegen F. Löwe, H. Nirdorf ernannt. Als Kassierer zur Unterstützungskasse wurde P. Meißner bestimmt. Betr. der Agitationskommission für unseren Bezirk wurde der Vorschlag gemacht, jährlich einen von den Kollegen auszuscheiden, um auch den übrigen Gelegenheit zu geben, sich für diesen Posten auszubilden. Freiwillig zum Ausscheiden meldete sich B. Göhre, an dessen Stelle K. Rau gewählt wird. Unter Verschiedenem wird der statistische Fragebogen für das Kartell vorgelesen und genehmigt. Auf eine Anfrage an die Kartelldelegierten, warum sie dieses Jahr zwei Sitzungen verfehlt haben, erklären dieselben, daß nicht sie es, sondern die am Anfang des Jahres Gewählten beträfe. Der Delegierte giebt noch bekannt, daß das Kartell Broschüren zum Preise von je 10 Pfennig empfiehlt und bittet die Kollegen, sich bei ihm zu melden.

Ein Antrag wird noch angenommen, das Gewerkschaftskartell zu ersuchen, uns während der Dauer des Streiks sowie der Wintermonate von der Zahlung der Arbeitersekretariatsmarken zu entbinden. Sodann wird noch das Lehrlingsgesuch der hiesigen Steinsetzerinnung einer Kritik unterzogen. Hervorgehoben wurde, daß bei einer durchschnittlichen Beschäftigung von zirka 70 Gesellen ein Lehrlingsbestand von 15—20 doch wohl genügend sei, ferner sei es der Innung zu glauben, daß sie Anstrengungen mache, um diesen Bestand zu erhöhen, um noch mehr Ausbeuth beim Gebrauch von Arbeitskräften zu haben. Pflicht der Organisation sei, die Eltern von diesen jungen Leuten auf den Mißstand in unserem Gewerk aufmerksam zu machen. (Eingeg. 15. ds.)

Stukkateure.

In der Generalversammlung vom 12. Januar wurde der Kassenbericht vom letzten Quartal 1900 gegeben. Die Einnahme beträgt 100 Mark, die Ausgabe 67,10 Mark. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt.

Der Vorstandsbericht für das Jahr 1900 verzeichnet eine Gesamteinnahme von 375.54 Mark; eine Gesamtausgabe von 351.96 Mark. Die Lokaleinnahme beträgt 205.02 Mark, die Lokalausgabe 191.87 Mark. Der Mitgliederbestand betrug im Durchschnitt 27.

Die Arbeitslosigkeit ist im Vorjahre erheblich gestiegen. Es waren 16 Kollegen 857 Tage arbeitslos, also durchschnittlich 53 ¼ Tag pro Kopf. Am Schluß des Jahres waren von 27 am Ort ansässigen Kollegen 8 am Ort beschäftigt, 8 in anderen Städten und 11 arbeitslos. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Vorsitzender Schlegel, Stellvertreter Börfel, Kassierer Hemer, Stellvertreter Koch, Schriftführer Sorgenfrei, Stellvertreter Wittwer; als Revisoren wurden Hübner und Teller gewählt.

Nach dem Bericht der Agitations-Kommission werden in dieselbe neu, resp. wiedergewählt Sorgenfrei, Börfel und Hübner. Unter anderem wird noch ein Antrag angenommen, welcher die Lokalunterstützung für durchreisende Kollegen aufhebt, um stabilere Verhältnisse in der Lokalkasse zu schaffen. (Eingeg. am 14. d. Mts.) G. S.

Metallarbeiter.

Die Versammlung, welche Sonnabend, den 12. d. Mts., im Konzerthaus tagte, war leider so schwach besucht, daß auf Antrag der angestandigte Vortrag des Genossen Albrecht auf die nächste Versammlung verschoben wurde.

Zum 2. Punkt, Abrechnung des 4. Quartals, berichtet Kollege Kähne. Die Einnahmen belaufen sich auf 5573.52 Mark, die Ausgaben auf 5071.44 Mark. An Arbeitslosen- und Gemaßregeltenunterstützung wurden verausgabt 2413.59 Mark, Jahreseinnahme 17888.10 Mark, Ausgabe 17886.02 Mark. Mitgliederbestand 1554.

3. Abrechnung vom Weihnachtsvergnügen: Einnahme 140.20 Mark, Ausgabe 141.45 Mark.

4. Verschiedenes. Kollege Kähne verliest einen Aufruf der organisierten Buchbinder, in welchem sie ersuchen, bei Vergebung von Buchbinderarbeiten nur solche Geschäfte zu berücksichtigen, welche die Forderungen der Gehilfen anerkennen. Die vom Gewerkschaftskartell vorgeschlagene Broschüre „Die Rechte und Pflichten des Mieters" wird den Mitgliedern zur Anschaffung empfohlen. Bestellungen werden vom Ortsverwalter sowie von den Bezirkskassierern entgegengenommen. Der Preis beträgt 10 Pf. pro Exemplar. Zwei Anträge des Kollegen Remele, die Reise- und Arbeitslosenunterstützung betreffend, werden zwecks gründlicher Diskussion zur nächsten Versammlung auf die Tagesordnung gestellt. (Eingeg. am 14. d. Mts.) r.

Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer).

Sitzung vom 11. Januar 1901.

1. Die Verlesung der Präsenzliste ergab, daß 13 Beisitzer anwesend sind, 4 Beisitzer sind entschuldigt und folgende Beisitzer fehlen unentschuldigt: Hädicke, Henne, Kohlhardt, Rickwardt, Tuchscherer, Martin und Robitsch.

2. Die Neuwahl des Obmanns und des Schriftführers ergiebt die Wiederwahl derselben: H. Seifert, Maurer, Obmann und G. Heyn, Maler, Schriftführer.

3. Es wird in die Beratung über die zu beantragende Einberufung des Gesamt Gewerbegerichts eingetreten. Gen. Gustav Schmidt giebt zunächst eine Uebersicht über die bereits in den letzten Jahren unternommenen Schritte, welche ebenfalls zu dem Zwecke unternommen sind, gemeinsame Sitzungen zu veranlassen. Es ergiebt sich aus der Diskussion folgender Beschluß: An den Vorsitzenden des Gewerbegerichts ist der Antrag zu richten, das Gesamt Gewerbegericht zu einer Sitzung zu berufen, event. einen Ausschuß zu bilden, welchem folgende Fragen zum Gegenstand der Beratung oder zu Erhebungen vorzulegen sind:

a) Einheitliche Arbeitszettel und Lehrverträge in allen der Gerichtsbarkeit des Gewerbegerichts unterstehenden Betrieben obligatorisch einzuführen.

b) Bestimmung darüber zu treffen, daß der Freitag als Lohntag allgemein eingeführt wird.

c) Ob es absolut nötig ist, daß in Brauereibetrieben Sonntags gearbeitet wird.

4. Die Berichterstattung ergiebt eine längere Aussprache über einzelne Punkte, aber auch die Notwendigkeit, daß eine bessere Information für die Beisitzer geschaffen werden muß. Ferner ist es auch nötig, daß die Beisitzer in den Gewerkschaften über das Arbeitsverhältnis und Klagerecht mehr als bisher Aufklärung verbreiten, um herbeizuführen, daß die Arbeiter im Fall einer Klage auch genau wissen, welche Beweise beizubringen sind. Fischer beantragt, daß bei Vertagungsfällen die nächstfolgenden Beisitzer darüber in Kenntnis gesetzt werden, welche Umstände zur Vertagung eines Falles geführt haben resp. welche Beweiserhebung beantragt worden ist. Jeder Beisitzer ist verpflichtet, seinem Nachfolger dieses mitzuteilen. (Eingeg. am 14. ds.) G. H.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010119-19/fragment/page=0003

Streckau.

Sonntag den 20. Januar nachmittags 3 Uhr im Gasthof „Glück auf"

öffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen **Ad. Thiele.** Halle. Verschiedenes.
Entree pro Person 10 Pf. **Der Einberufer.**
Alle Arbeiter und Arbeiterinnen müssen zu dieser Versammlung erscheinen.

Metallarbeiter-Verband.

Sektion der Former und deren Hilfsarbeiter.

Sonnabend den 19. Januar abends 8½ Uhr im „Letzten Dreier", Merseburgerstraße (Hinze).

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Abrechnung. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden hierdurch aufgefordert, an ihre betreffenden Vertrauensmänner **die Mitgliedsbücher abzugeben.**

Sektion der Klempner und Installateure.

Sonnabend den 19. Januar abends 8½ Uhr bei Streicher, Kleine Ulrichstraße 36,

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Ersatzwahl eines Mitgliedes zum Gesellenausschuß. 2. Innungsangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten.

Holzarbeiterverband.

Sektion der Modelltischler und der in den Fabriken besch. Holzarbeiter

Sonnabend den 19. Januar abends 9 Uhr im „Weißen Roß"

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die göttliche Gerechtigkeit und die Verelendung der Massen." Referent: Genosse **Wolf-dorf.** 2. Vorstandswahl. 3. Berichterstattung von der Gaukonferenz in Dessau. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Verb. d. Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Halle-Süd.

Sonnabend den 19. Januar abends 8½ Uhr in Kautsch' Gasthaus, Martinsberg 6,

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Um pünktliches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Krankenk. Grundstein z. Einigkeit.

Sonntag den 20. Januar mittags 11 Uhr im Saale der Moritzburg, Harz 51,

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Zentral-Kranken- u Begräbniskasse für Frauen und Mädchen. Filiale Halle.

Sonntag den 20. Januar nachmittags 4½ Uhr in Kautsch' Restaur., Martinsberg 6,

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Freireligiöse Gemeinde Weißenfels.

Sonntag den 20. Januar abends 8½ Uhr

General-Versammlung.

Naumburg.

Generalversammlung d. Schuhmacher-Krankenkasse

Montag den 21. Januar im „Deutschen Haus".
Tagesordnung: 1. Rechnungslegung pro 4. Quartal 1900. 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 3. Verschiedenes.

Trebnitz.

Sonntag den 20. Januar 1901

Kleinschmauß mit Maskenball

unter Leitung des **Radfahrer-Klubs.**
Von nachmittags 4 Uhr an **Ball.**
Es ladet ergebenst ein **M Krug.**
N.B. Hierbei wird der Kunstfahrer **Joseph Müller** auftreten.

Schades Schützenhaus,

Sonntag den 20. Januar 1901

grosser Masken-Ball

des Musikvereins **Beethoven.**
Karten sind im Lokal sowie bei den Mitgliedern zu haben.
Der Vorstand.

Wilh. Silchmüllers Restaurant

Ludwig Wuchererstr. 7.

Sonnabend den 19. Januar

Schlachte-Fest.

Hierzu ladet ergebenst ein D. O.

Bäder-Lieferant für fast alle

Krankenkassen.

Zugelassen zu dem Verband freier Hilfskassen.
Aug. Albrecht, Naturheilkundiger,
Sprechst.: 8—12, 2—4 Uhr.
Halle-Giebichenstein, Friedenstr. 28.

Warnung!

Ich warne hiermit jedes gemeine Subjekt, üble Nachreden über mich und meine Familie zu verbreiten, sonst werde ich gerichtliche Hilfe in Anspruch nehmen.
Trebnitz bei Luckenau.
Albert Naeke.

10% Rabatt

gewähre ich während meines

Inventur-Ausverkaufes

auf meine schon äusserst niedrig gestellten Preise bei nur guten Qualitäten.

Adolf Sternfeld

Wäsche-Fabrik

Halle a. S., Kleinschmieden 6.

Günstige Gelegenheit zum Einkauf von
Ausstattungs-Wäsche.

S. D. V. Aue.

Sonntag den 20. Januar 8 Uhr im **„Deutschen Kaiser"**

Versammlung.

Zuschuß-Kasse Meißen.

Zahlstelle Zeitz.
Sonnabend den 19. d. Mts. abends 8½ Uhr bei **Wagner,** Voigtstr.

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht pro 4. Quartal. 2. Vorstandswahl und Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Allgemeiner Turnverein Weißenfels.

Zur Feier unseres am Sonntag den 20. Januar von nachmittags 4 Uhr ab stattfindenden

2. Stiftungsfeste,

ladet Freunde und Turngenossen hiermit ein **Der Vorstand.**

Verein Stradella.

Freunden und Bekannten zur gefl. Nachricht, daß unser

Masken-Ball

Sonnabend den 2. Febr. im Konzerthause stattfindet. Eintrittskarten sind bei sämtl. Mitgl., im Vereinslokal und im Konzerthause zu haben. Ohne Karte kein Zutritt. Der Vorstand.

Zum Karnevalfest!

Gesichtsmasken in Pappe u. Gaze,
Halbmasken,
Dominos
in Satin und Atlas,
mit und ohne Behang,
Tiermasken,
Kopfbedeckungen,
Bigotphones,
Gigerlstöcke,
Gigerlschuhe,
Gigerlzigarrenspitzen
Gigerlportemonnaies,
Pritschen,
Schnurrbärte,
Maskenschmuck,
Schellen,
Flitter,
Pantes,
Gold- und Silberborden,
Schneebälle,
Pfannkuchen,
Luftschlangen,
Dekorationsbilder.

Größtes Lager.
Billigste Bezugsquelle.

Albin Hentze

24 Schmeerstraße 24.

Großer Posten

Winter-überzieher, Mäntel, Joppen,

u. verschiedene andere Sachen wegen vorgerückter Saison billig zu verkaufen.

Otto Töpfer,

Markt, Roter Turm.
Eingang neben dem Volkswohl rechts, 1 Treppe.

Malerlehrling sucht sofort oder zu Ostern **C. Biesecker** Bernhardstraße 7a.

Keiner darf versäumen sich morgen
Sonnabend den 19. Januar den allbeliebten

Volksmaskenball im Konzerthaus

anzusehen. Hochachtend **R. Ruhe.**

Inventur-Ausverkauf

45 Gr. Ulrichstraße 45.

Um mit sämtlichen Winterartikeln zu räumen, habe ich größere Posten **Filz- und Lederwaren** im Preise bedeutend herabgesetzt und verkaufe,

so lange der Vorrat reicht:

Einen grossen Posten Damen-Oberfilzpantoffel	0.85
Einen gr. Posten D.-Filzpantoffel m. Ledersohl.	1.00
Einen Posten D.-Tuchhausschuhe „ „	1.50
Einen Posten D.-Stoppschuhe mit Absatz	1.40
Einen Posten Lack Tanzschuhe	1.50
Einen Posten Filz-Ohrenschuhe	0.70
Einen Posten braune u. gelbe Schnür- und Knopf-Schuhe zu jedem nur annehmbaren Preise.	
Einen Posten Holzschuhe	2.50
Einen Posten Gummischuhe von 2.25 an etc. etc.	

nur

Wiener Schuh-Waren-Bazar

S. Jacob,

45 Gr. Ulrichstrasse 45,

Größtes Schuhlager am Platze.

Nützliche Geschenks- und Bibliothekswerke.

Meyers Klassiker-Ausgaben.

Unübertroffene Korrektheit. — Schöne Ausstattung. — Eleganter Liebhabereiband.

Arnim, 1 Band, gebunden	2 Mk.	K. v. Kleist, 2 Bde., gebunden	4 Mk.
Brentano, 1 Band, gebunden	2 „	Körner, 2 Bände, gebunden	4 „
Bürger, 1 Band, gebunden	2 „	Lenau, 2 Bände, gebunden	4 „
Chamisso, 2 Bände, gebunden	4 „	Lessing, 5 Bände, gebunden	12 „
Eichendorff, 2 Bände, gebunden	4 „	Ludwig, 3 Bände, gebunden	6 „
Gelle-t, 1 Band, gebunden	2 „	Novalis u. Fouqué, 1 Band, geb.	2 „
Goethe, 12 Bände, gebunden	30 „	Platen, 2 Bände, gebunden	4 „
Hauff, 3 Bände, gebunden	6 „	Rückert, 2 Bände, gebunden	4 „
Hebbel, 4 Bände, gebunden	8 „	Schiller, 8 Bände, gebunden	16 „
Heine, 7 Bände, gebunden	16 „	Tieck, 3 Bände, gebunden	6 „
Herder, 4 Bände, gebunden	10 „	Uhland, 2 Bände, gebunden	4 „
E. T. A. Hoffmann, 3 Bde., geb.	6 „	Wieland, 4 Bände, gebunden	8 „

Das Deutsche Volkstum.

Unter Mitarbeit von neun hervorragenden Fachmännern herausgegeben von Professor Dr. Hans Meyer. Mit 30 Tafeln in Farbendruck, Holzschnitt und Kupferätzung. In Halbleder gebunden 15 Mark oder in 13 Lieferungen zu je 1 Mark.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung

Rannischestraße 3.

Masken-Anzüge

in großer Auswahl verleiht zu billigen Preisen
Fr. Möhrstädt,
Weißenfels, Promenade 34a, I.
gegenüb. d. Pfennigbrücke.

Flanelljacken, Jagdwesten, Strickjacken, Pilots, Manchesterhosen, Lederhosen empf. in vorzüglichen Qualitäten

W. A. Kyritz

Trödel 2 am Markt.

Knochen, Lumpen, Alt-Eisen, Bruchmetalle kauft in gr. und kl. Posten zu höchsten Preisen, auch wird die Ware auf Bestellung sofort abgeholt.
G. Grossmeyer. Schillerstr. 24.

Echt bairische

Malzextrakt-Bonbons,

bestes Mittel geg. Husten und Heiserkeit,
empfiehlt
Droguerie Otto Kramer,
9 Mittelwache 9.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010119-19/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 16 — Halle a. S., Sonnabend den 19 Januar 1901 — 12. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung, Mittwoch, den 16. Januar, 1 Uhr.

(Schluß.)

Abg. von Kardorff (Rp.):

Entgegen der Mehrheit des Hauses können wir in den Gewerbegerichten keine segensreiche Einrichtung sehen. Die Arbeiter werden dadurch nur in dem Glauben bestärkt, daß in der Sozialdemokratie, die die Wahlen zum Gewerbegericht beherrscht, für sie das Heil zu finden sei. Wir können deshalb für den Antrag Trimborn nicht eintreten. Wenn die Arbeitgeber es alle so machen würden, wie Frhr. von Stumm, so würden Streiks überhaupt nicht vorkommen. (Lachen bei den Sozialdem.) Ein solches Vorgehen würde viel mehr zur Förderung des sozialen Friedens beitragen, als der Ausbau der Gewerbegerichte. Alle die Gedanken, die in den vorliegenden Anträgen niedergelegt sind, gehen von der Sozialdemokratie aus. Es sieht wirklich so aus, als sei das Proletariat berufen, die Welt zu regieren. Ich bin aber nicht der Ansicht und stehe allen Organisationsbestrebungen, wie sie hier versucht werden, sehr skeptisch gegenüber. Es geht mit unserer Sozialpolitik ohnehin schon in so rasender Fahrt vorwärts, daß es ein Unglück giebt, wenn man nicht bremst. (Große Heiterkeit links.) Hoffentlich haben die vorliegenden Anträge keinen praktischen Erfolg.

Abg. Zubeil (Soz.):

Wenn wir nur eine so rasende sozialpolitische Fahrt hätten, wie die Agrarier in rasender Fahrt Lebensmittelzölle, Fleischeinfuhrverbote usw. erreichen, dann könnten wir sehr zufrieden sein. (Lachen rechts.) Im übrigen hat Herr von Kardorff nur die Rede abgelesen, die Herrn von Stumm vor Jahren darüber gehalten hat. (Heiterkeit bei den Sozialdem.) Wir fordern, daß die Gewerbegerichte obligatorisch werden, damit die Arbeiter, die sich jetzt bald hierhin bald dorthin wenden müssen, um ihre Streitigkeiten zu regeln, die aus ihrem Dienstverhältnis entspringen, eine einzelne Stelle erhalten, an die sie sich wenden können. Die Gewerbegerichte beruhen auf der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern und deshalb werden sich die Arbeitgeber, die die Herren Dr. Oertel und v. Kardorff vertreten, niemals damit befreunden können. Aber auch die Arbeitgeber haben den Wert der Gewerbegerichte schon erkannt. 1892/93 wurde das Gewerbegericht in Köln von 4 Arbeitgebern in Anspruch genommen, 1898/99 schon von 234 Arbeitgebern. Die von Herrn Trimborn beantragte Einführung der Gewerbegerichte in Gemeinden von über 20000 Einwohnern bedeutet ja einen gewissen Fortschritt, würde aber doch einen großen Teil industriereicher Bezirke ohne Gewerbegericht lassen. In Reichenbach im Vogtlande haben die Arbeiter wiederholt vergebens um die Einrichtung eines Gewerbegerichts petitioniert. Jetzt endlich haben die Behörden ganz einseitig an die Unternehmer Fragebogen verschickt mit den Fragen: Sind Sie für die Errichtung eines Gewerbegerichts? Aus welchen Gründen? Im Fall der Verneinung der ersten Frage: Weshalb halten Sie die Errichtung von Gewerbegerichten nicht für zweckmäßig? Selbstverständlich wird bei solcher Fragestellung die Antwort wieder verneinend ausfallen.

Daß die Rechte unseren Antrag ablehnen würde, stand von vornherein fest. Das wird uns aber nicht beirren, die Ausdehnung der Gewerbegerichte für die Arbeiter in der Forst- und Landwirtschaft, in der Fischerei und für das dienende Personal zu verlangen. Daß auch auf dem Lande Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis vorkommen, wird selbst Herr Oertel zugeben. Häufig müssen jetzt die Landarbeiter auf ihr Recht verzichten, weil ihnen die Mittel und Kenntnisse fehlen, eine Klage beim Amtsgericht einzureichen. Herr Trimborn hat eingesehen, daß auch die Dienstboten mit ihren Streitigkeiten vor die Gewerbegerichte gehören. Um so merkwürdiger berührt es, daß er unseren Antrag, auch die aus dem Arbeitsverhältnis entspringenden Mietsstreitigkeiten vor die Gewerbegerichte zu bringen, gar nicht verstanden hat. Wir wollen doch nur mit solchen Mietsangelegenheiten die Gewerbegerichte befassen, die direkt aus dem Arbeitsverhältnis entspringen. Die gekündigten Arbeiter haben da oft nur 14 Tage Zeit und können in dieser Frist bei den ordentlichen Gerichten oft keinen Spruch herausbekommen. Die ungesunde Langsamkeit des Verfahrens vor den Amtsgerichten wird von allen Seiten beklagt. Die Amtsgerichte sind überbürdet. Unsere Vorschläge würden sie entlasten. Als einen Verstoß gegen die guten Sitten, der vor dem Gewerbegericht abgeurteilt werden muß, betrachten wir z. B. die schwarzen Listen der Arbeitgeber. Dadurch werden Arbeitswillige an der Arbeit verhindert. Unsere Anträge auf Herabsetzung des Wahlalters sollen nur agitatorisch wirken nach außen. Wir haben aber schon oft gefordert, daß mit 21 Jahren der Arbeiter das aktive Wahlrecht überhaupt haben muß. In einzelnen Bundesstaaten haben auch die Arbeiter das Recht, mit 21 Jahren ihre Vertreter in die staatlichen und kommunalen Körperschaften zu entsenden. Das passive Wahlrecht soll mit 25 Jahren eintreten. In diesem Alter hat die Mehrzahl der gewerblichen Arbeiter bereits ein ausreichendes Urteil über die beruflichen Verhältnisse. Wir verlangen weiter die Abschaffung der Innungsschiedsgerichte. Deren Urteile sind durchweg sehr parteiisch. Als Kuriosum will ich folgenden Fall erzählen. Ein Werkmeister hatte den Obermeister einer Gelbgießer-Innung verklagt. Es wurden aber noch die alten Beisitzer, deren Mandate längst abgelaufen waren, eingeladen, weil unter den neugewählten viele fortschrittlich demokratisch gesinnt waren. Von diesem so zusammengesetzten Schiedsgerichte wurde dann der Werkmeister verurteilt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir verlangen das aktive und passive Wahlrecht für Frauen. Herr Trimborn meinte, die Frauen seien mit dem jetzigen Zustande ganz zufrieden. Dem widersprechen aber eine ganze Reihe von Petitionen von bürgerlichen Frauenvereinen. — In den Einigungsämtern, deren Ausbau wir wünschen, sehen wir die Möglichkeit, Streiks schon im Keime beizulegen. Dann müssen aber die Parteien gezwungen werden können, vor dem Gewerbegericht zu erscheinen, auf Verlangen Auskünfte zu erteilen und sich eventuell einem Schiedsspruch zu fügen. Wie notwendig dies ist, beweisen die jetzigen Verhandlungen vor dem Berliner Gewerbegericht. Dort hat der Verband der Holzindustriellen erklärt, er werde sich unter keinen Umständen dem Schiedsspruch des Einigungsamtes fügen. —

Ich bitte Sie also, unsere Anträge anzunehmen. Eine Kommissionsberatung ist ganz überflüssig, nachdem im vorigen Jahre die Kommission bereits einen ganzen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Münch-Ferber (natl.)

bittet nochmals um Annahme des Antrages Hitze-Bassermann, der den sozialen Frieden fördern wolle. Durch die Leistungen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung stehe die Sozialpolitik schon jetzt turmhoch über der anderer Länder, seine Freunde wollten aber bei den bisherigen Leistungen derselben nicht stehen bleiben.

Abg. Rösicke-Dessau (wildlib.)

erläutert namens der Freisinnigen Vereinigung sein Einverständnis mit den Anträgen des Zentrums und der Nationalliberalen. — Ob Kommissionsberatung stattfindet oder nicht, ist ziemlich gleichgiltig, schließlich sind wir doch von der Stellungnahme der Regierung abhängig.

Damit schließt die Diskussion.

Das Schlußwort zu dem Antrag Albrecht erhält

Abg. Rosenow (Soz.):

Herr v. Kardorff sprach von der rasenden Fahrt unseres sozialpolitischen Wagens. Ich würde unsere Sozialpolitik lieber mit einer gemütlichen Postkutsche alten Schlages vergleichen, die recht viel Haltestellen hat und jeden Augenblick reparaturbedürftig ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich verstehe nicht, weshalb sich Herr Trimborn gegen die Erteilung des Wahlrechts an die Frauen ausspricht, hat doch die letzte Generalversammlung der Katholiken Deutschlands den Beschluß gefaßt, der gewerblichen Thätigkeit der Frauen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. In vielen Arbeitsverhältnissen wissen die Frauen sogar besser Bescheid als die Männer.

Unser Vorschlag, die Streitigkeiten der Kaufleute den Gewerbegerichten zuzuweisen, hat den Vorteil, daß die Vorsitzenden in den Gewerbegerichten über die Verhältnisse in diesem Beruf genau unterrichtet sind, während dies bei den ordentlichen Gerichten oft nicht der Fall ist. Die kaufmännischen Schiedsgerichte müssen den Gewerbegerichten angegliedert werden, dann kann es nicht vorkommen, daß, wenn in einem Geschäft Arbeiter und kaufmännische Angestellte beschäftigt sind, der Beklagte in derselben Angelegenheit vor dem Amtsgericht und vor dem Gewerbegericht zu erscheinen hat. Wir hoffen mit Zuversicht auf den schließlichen Sieg unserer Anschauungen über die Gewerbegerichte. (Bravo! bei den Soz.)

Die Anträge Albrecht (Soz.) und Trimborn (Zentr.) werden hierauf einstimmig einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Die Resolution Hitze-Bassermann wird gegen die Stimmen eines Teils der Rechten angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats des Reichsamts des Innern.

Schluß 4½ Uhr.

---

28. Sitzung, Donnerstag, den 17. Januar, 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des

Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt. (Titel Staatssekretär.)

Abg. von Salisch (kons.)

fragt an, was bezüglich der Versicherung derjenigen Seeleute geschehen ist, die beim Retten Schiffbrüchiger und Bergen gestrandeter Schiffe verunglückt sind.

Abg. von Kardorff (Rp.):

Die Ausführungen, die hier gemacht werden, daß wir nur darauf ausgingen die Arbeiter zu knechten, sind nur bestimmt, das Interesse der Arbeiterschaft zu wirken, die leider nicht alle werden. Uebrigens wie sieht es in der Sozialdemokratie selbst aus? Ihr Prinzip ist es, der Arbeitgeber darf sich um die politische Stellung seiner Angestellten nicht kümmern. (Sehr richtig! b. d. Sozialdem.) Nun, Herr Schönlank thut das Gegenteil. Die Erklärung des Parteivorstandes gegen ihn war doch recht matt. Nach einer Notiz in dem Korrespondenzblatt der Buchdrucker hat ferner Herr Schönlank einen nicht zielbewußten Mitredakteur geohrfeigt. Eine Berichtigung des Herrn Katzenstein erklärte, die Sache wäre umgekehrt, er selbst habe Herrn Schönlank geohrfeigt. (Heiterkeit rechts.) Das ist eine Idylle aus dem Zukunftsstaat. (Große Heiterkeit bei den Sozialdem.) — Hier im Hause donnert die Sozialdemokratie stets gegen das Großkapital. Zur Genosse Arons aber hat gesagt, Kapital und Sozialdemokratie sind ganz natürliche Verbündete zum Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung. Ihnen liegt gar nichts daran, daß noch mehr gethan wird, um die Arbeiter zufrieden zu stellen. Sie leben ja von der Unzufriedenheit der Arbeiter. Ihre ganze Agitation ist tief unmoralisch. (Lachen bei den Sozialdem.) Für die Resolution in der 12000 Mark-Affaire sind wir den Sozialdemokraten dankbar. Durch Ablehnung derselben können wir dem Grafen Posadowsky ein glänzendes Vertrauensvotum ausstellen. — Vom Staatssekretär wünschen wir eine deutlichere Erklärung, als das geschehen ist, ob die Handelsverträge recht eitig gekündigt werden sollen und ob die Landwirtschaft bestimmt auf Unterstützung durch Einführung höherer Zölle rechnen kann.

Abg. Rintelen (Zentr.)

tritt für das Verbot des Streikpostenstehens ein. Das Streikpostenstehen ist keine Garantie für die Freiheit des Koalitionsrechts, sondern ein Verstoß gegen die Freiheit derjenigen, die sich der Koalition nicht anschließen wollen, bedeutet also einen Koalitionszwang, den man nicht dulden kann.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.):

Es ist der Wunsch geäußert worden, die 12000 Mark-Affaire endlich ruhen zu lassen. Es sind aber in der Verhandlung eine ganze Reihe neuer Gesichtspunkte aufgestellt worden, daß es einfach unsere Pflicht ist, die Sache weiter zu verfolgen und auch Rechenschaft von der Regierung zu verlangen. Herr von Kardorff ist wieder auf den Leipziger Fall zurückgekommen und hat gemeint, der Vorfall sei von der Parteileitung nicht scharf genug gerügt worden. Die Parteileitung hat aber doch scharf in ihrer Erklärung gesagt: „Die Fraktion kann es nicht billigen, daß die Nichtannehmerkrigkeit der Buchdrucker zur sozialdemokratischen Organisation bei ihrer Kündigung oder Entlassung entscheidend sei. Die Fraktion spricht deshalb die Hoffnung aus, daß alles aufgeboten werde, um die Differenz zu beseitigen."

Mehr konnte die Fraktion nicht thun. — Herr v. Kardorff sprach von einer Ohrfeigenaffaire zwischen zwei sozialdemokratischen Redakteuren. Die Herren, die selbst auf dem Duellstandpunkt stehen, haben am wenigsten Ursache, sich über ein derartiges Verfahren, das ich übrigens durchaus nicht billige, aufzuhalten (Sehr gut! bei den Soz.). Und die Herren vom Zentrum, die vorher so herzlich lachten, mögen an die Ohrfeigen denken, die Herr Roeren in aller Achtung und Freundschaft Herrn Dasbach anbot (Sehr gut! bei den Soz.). Herr v. Kardorff sprach weiter von der Unmoral der sozialdemokratischen Agitation. Die Differenz zwischen der Moral der Sozialdemokratie und der Moral der Laurahütte ist so groß, daß eine Debatte völlig überflüssig ist. Herr v. Kardorff hat eingestandenermaßen Subsidiengelder von der Diskontogesellschaft empfangen, ich thue ihm also wohl kein Unrecht mit der Annahme, daß er die Gelder empfangen hat, um sein parlamentarisches Amt im Interesse der genannten Gesellschaft auszunutzen. — Was den Vorwurf unserer Feindschaft gegen den Grafen Posadowsky anbetrifft, so will ich anerkennen, daß wir keine solche Uebung wie die Konservativen im Ministerstürzen besitzen und daß das Wort „Kein Kantz, keine Kähne" nicht von uns herrührt (Sehr gut! bei den Soz.). Um auf Herrn Dr. Oertel zu kommen, so wohnen in dessen Brust zwei Seelen: Als Chefredakteur der Deutschen Tages-Zeitung verurteilt er die 12000 Mark-Affaire, als konservativer Abgeordneter verteidigt er sie (Sehr gut! bei den Soz.). Herr Rösicke-Dessau entrüstet sich über die Bemerkung, die ich über die „Flottenprofessoren" gemacht habe. Ich urteile über die Professoren keineswegs so geringschätzig, wie etwa der verstorbene König Ernst August von Hannover. Ich habe auch durchaus nicht gesagt, daß sie gegen ihre Ueberzeugung für die Flotte gesprochen und geschrieben haben. Wenn die Professoren sich für die Vertretung ihrer Ueberzeugung bezahlen lassen, so wird doch z. B. Herr Paasche nichts Uebles darin finden, der auf Kosten der Zuckerindustriellen eine Reise nach Amerika gemacht hat (Sehr gut! bei den Soz.). — Der Staatssekretär erklärte, es sei nicht Sache des Reichstags, sich darum zu kümmern, wer die hier von der Regierung eingebrachten Vorlagen vertritt. Das mag theoretisch stimmen; aber praktisch steht die Sache so, daß keine Regierung stark genug ist, dem Hause einen Minister aufzuzwingen, mit dem die Mehrheit nicht verbandeln will (Sehr richtig! bei den Soz.). Der Reichstag kann durchaus die in unserer Resolution vorgeschlagenen Schritte zur Aufklärung der 12000 Mark-Affaire thun, wenn er nur die nötige Konsequenz hat. Freilich: Genügt der Mehrheit die Erklärung des Reichskanzlers, so können wir daran nichts ändern.

Wenn Graf Posadowsky sich über meine Rede beklagt, in der ich nichts gethan habe, als unbestreitbare Thatsachen zusammengestellt, so heißt das einen Spiegel anklagen, weil er ein wenig schmeichelhaftes Bild zurückwirft. Das gute Herz des Herrn Staatssekretärs in allen Ehren — aber wir können dasselbe unmöglich als Maßstab anerkennen. Hält sich doch auch Herr v. Stumm für einen Arbeiterfreund!

Der Herr Staatssekretär sagte, daß ich die staatsrechtliche Natur seiner Stellung verkenne. Nun, ich verkenne durchaus nicht die Schwierigkeiten seines Amtes, an das er mit der vollen Unbefangenheit eines ostelbischen Granden herangetreten ist. Uebrigens acceptieren wir mit Vergnügen seine Erklärung, daß der Bundesrat ein Hauptbindernis der sozialen Reform ist. Unser Urteil über die Gesetzesvorlagen, die uns vorgelegt werden, wird freilich dadurch nicht geändert. Wohl kommen sie aus dem Bundesrat: aber angeferkelt werden sie im Reichsamt des Innern von den meinungslosen Geheimräten. Mit einer Schneidigkeit, die mehr seiner früheren staatsanwaltschaftlichen als seiner jetzigen Stellung entspricht, protestierte am Montag Herr Werner gegen diese Bezeichnung, nun, die Sache verhält sich nun aber einmal so, daß er als Geheimrat seine Meinung nur zu sagen hat, wenn er gefragt wird. (Sehr gut! b d. Soz.)

Daß die Zuchthausvorlage — die der Staatssekretär jedenfalls mit einem Eifer verteidigte, der nicht darauf hinwies, daß er sie mißbilligte — gegen die Arbeiter gerichtet war, darüber ist kein Wort zu verlieren

Dem Zentrum muß ich es überlassen, Stellung zu nehmen zu dem Standpunkte, den heute Herr Rintelen gegenüber dem Streikpostenstehen eingenommen hat, das er als Ausfluß des Streikterrorismus bezeichnet hat. Er scheint diese Erklärung nicht nur für seine Person, sondern für seine Fraktion abgegeben zu haben. (Abg. Dr. Hitze: Nein!) Der bekannte bischöfliche Erlaß, durch den den Arbeitern im Namen der Religion zu koalieren sich verboten wird, geht von derselben Auffassung aus. (Widerspruch im Zentrum.) Warum verbieten die Bischöfe den Unternehmern nicht, sich zu koalieren.

Selbst wenn recht wäre, was Graf Posadowsky so oft hervorgehoben hat und was ja auch formell, aber eben auch nur formell zulassen mag, daß sich die Zuchthausvorlage gegen Arbeiter und Unternehmer richtete, wäre sie deshalb gegen beide gleichmäßig angewendet worden? Ist nicht hier von Regierungstisch aus das Wort gefallen: wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe! Wie oft haben Bebel, hab' andere meiner Parteigenossen hier an dieser Stelle nachgewiesen, in wie total verschiedener Weise der § 153 auf Arbeiter und Unternehmer angewandt wird? Hat doch selbst der Reichsgerichtsrat Mittelstädt die Wahrheit dieser unserer Ausführungen anerkennen müssen.

Was ich von den Aeußerungen des Staatssekretärs über die Arbeiterkoalitionen sagte, ist durchaus dem amtlichen Stenogramm entnommen. Sie entsprachen durchaus dem Polizeigeist, mit dem der Staatssekretär sein Amt antrat und stehen mit seiner heutigen, den Arbeiterkoalitionen günstigeren Auffassung in schneidendem Gegensatz. — Durch die Erklärung des Grafen Posadowsky, er habe im Reichsamt des Innern über die Vorgänge beim russischen Handelsvertrage nichts erfahren können, ist das Reichsamt des Innern noch mehr kompromittiert. Man kann daraus nur schließen, daß sich die Vorgänge entweder hinter dem Rücken des Herrn Staatssekretärs abgespielt haben oder daß das Verhältnis zu dem Zentralverband und dem Reichsamt des Innern so intim ist, daß die Beamten nicht mehr feststellen können, was von dem einen, was von dem anderen veranlaßt wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär hat schließlich dem Untergang des Deutschen Reiches prophezeit, wenn einer seiner Nachfolger unseren Beifall fände. Mit solchen Prophezeiungen pflegt es gewöhnlich anders zu kommen, als man meint. Friedrich Wilhelm IV. erklärte zwar auch, daß sich zwischen ihn und sein Volk niemals ein Blatt Papier drängen solle, mußte aber doch die Verfassung unterzeichnen, und auch die Krone aus Dreck und Letten ist schließlich von den Hohenzollern getragen worden. Statt solcher Kassandra-Rufe sollte der Herr Staatssekretär lieber die bestimmte Erklärung abgeben, daß ähnliche Vorkommnisse im Reichsamt des Innern in Zukunft unmöglich sein sollen. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Abg. Zwick (freis. Volksp.)

wünscht gesetzliche Maßnahmen gegen die Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Betrieben und zur Einschränkung der Frauenarbeit.

Abg. Oertel (kons.):

Die historischen Reminiszenzen des Herrn Abg. Fischer waren nicht genau. Friedrich Wilhelm IV. hat nur gemeint, daß sich durch die Verfassung sein Verhältnis zum Volke niemals trüben werde und was die Ablehnung der Kaiserkrone anlangt, so sagte er sehr geistreich zum Bankier Peckscher, der sie ihm präsentierte, „beschnittene Kronen pflegen Sie doch auch nicht anzunehmen". (Heiterkeit rechts.) — Im Falle Schönlank — das gebe ich zu — haben sich die Herren (zu den Sozialdemokraten) korrekt benommen, aber ich verstehe nicht, daß ein Parteigenosse, der so wider die Fraktion kündigt, nicht in der üblichen Flugbewegung die Partei verlassen muß. (Heiterkeit rechts.) Redner verteidigt des weiteren die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren. Diese beschönigen nicht, freilich auch nicht die Fehler der Arbeiter. — Herr Bebel warf den Bäckermeistern ein in feuchtfröhlicher Stimmung gesungenes Lied vor, das nur scherzhaft aufzufassen ist. Wer im Glashause sitzt, sollte auch nicht mit Steinen werfen. Ich erinnere z. B. daran, daß der sozialdemokratische Dresdener Konsumverein, der im letzten Jahre 800000 M. Dividende zahlte, seinen Angestellten nur ein Durchschnittsgehalt von 930 M. gewährt. (Hört! hört! rechts.) — Im übrigen bitte ich Sie, möglichst bald das Gehalt des Herrn Staatssekretärs im Reichsamt des Innern zu bewilligen. (Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Herr Fischer hat meine staatsrechtliche Auffassung über das Deutsche Reich und die verbündeten Regierungen bekämpft. Zweifellos bringen die verbündeten Regierungen die Vorlagen ein. Ich bekomme oft genug mein Konzept vom Bundesrat gründlich durchkorrigiert zurück. Wenn aber aus jeder Aenderung, die der Bundesrat vornimmt, eine Kabinettsfrage gemacht würde, würde die Regierungszeit eines Staatssekretärs

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010119-19/fragment/page=0005

nicht so lange dauern, wie der Schnee im Frühjahr. — Ich habe allerdings erklärt, daß es eine Existenzfrage für das Deutsche Reich wäre, wenn ein Staatssekretär den Beifall eines Sozialdemokraten fände. Die Sozialdemokraten sind bekanntlich Republikaner. Nach dem Wortlaut der Reichsverfassung ist unbestritten das Deutsche Reich hervorgegangen aus dem Bunde der deutschen Fürsten. Sobald im Deutschen Reiche eine politische Richtung mit republikanischen Bestrebungen das Schwergewicht erhält, ist die Existenz des Deutschen Reichs damit nicht mehr vereinbar. (Bravo! rechts.)

Abg. Rosenow (Soz.):

Herr Dr. Oertel hat auch heute wieder, wie immer, über die verschiedensten Dinge, natürlich nur sehr oberflächlich, gesprochen. Ich wundere mich, daß er nicht auch über den Untergang der Welt gesprochen hat. (Große Heiterkeit.) Für meinen Fraktionsgenossen Schönlank habe ich zu erklären, daß Schönlank mit der Auseinandersetzung zwischen der Geschäftsleitung und den Buchdruckern nicht das allermindeste zu thun gehabt. (Ah! ah! rechts.) Er hat sich in die ganze Angelegenheit nicht eingemischt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Oertel hat wieder die absolut unrichtige Behauptung aufgestellt, daß die Konsumvereine sozialdemokratische Betriebe seien. Als Partei haben wir nichts mit den Konsumvereinen zu thun. Aber wir unterstützen die Arbeiter in ihrem Bestreben, ihre Lebenslage zu verbessern aber auch, wenn sie in Konsumvereinen beschäftigt sind. Thatsächlich werden aber die Arbeiter in den Konsumvereinen besser bezahlt, als die Arbeiter in kapitalistischen Betrieben. Herr Oertel wundert sich über das geringe Durchschnittsgehalt von 930 M. jährlich. Im Handelsgewerbe wird aber noch nicht einmal ein Durchschnittsgehalt von 930 M. bezahlt. In Ihrem Wahlkreis, Herr Oertel, wurden viele Arbeiterfamilien in der Hausindustrie froh sein, wenn sie jährlich 930 Mark hätten.

Ich freue mich, daß die statistische Kommission befaßt werden soll mit Erhebungen über die Lage des Personals in Kontors und Lägern, die nicht mit offenen Handelsstätten in Verbindung stehen. Gern hätte ich die Erhebungen ausgedehnt gesehen auf die Lage der Angestellten im Verkehrsgewerbe und der Schreiber bei Rechtsanwälten. Die Angestellten stehen machtlos einem mächtigen Unternehmerringe gegenüber, der ihnen die Koalitionsfreiheit nimmt. Die Lage dieser Angestellten bedarf ebenso wie die Lage der Gehilfen bei Rechtsanwälten endlich der reichsgesetzlichen Regelung. In der Verfügung des Staatssekretärs über die Sitzgelegenheit für das Verkaufspersonal müßten genauere Bestimmungen, namentlich über die Zahl der Sitze enthalten sein, sonst hat die Verordnung keinen Wert. Bezüglich des 9 Uhr-Ladenschlusses müssen die Apotheker und die Barbier- und Friseurgehilfen einbezogen werden. Die diesbezüglichen Wünsche der Interessierten sind durchaus berechtigt.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. Hitze (Zentr.):

In der Frage des Streikpostenstehens hat Herr Rintelen nur für seine Person gesprochen. Die Stellung des Zentrums in dieser Angelegenheit ergiebt sich aus der einmütigen Ablehnung der Zuchthausvorlage seitens des Zentrums.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichsamts des Innern.)

Schluß 5¾ Uhr.

Was kostet die Stadt Halle der Artilleriespaß?

? Als vorigen Montag in der Stadtverordnetensitzung Herr Bürgermeister v. Holly für den Antrag eintrat, es sollten der Pauluskirche die an die Stadt zu zahlenden Baugebühren im Betrage von 607.50 Mk. erlassen werden, vertieg er sich bei Begründung seines mehr als seltsamen Wunsches zu der verblüffenden Offenbarung, die Kirche stehe in der Volkserziehung obenan. Der Bürgermeister einer Großstadt kann zu Beginn des 20. Jahrhunderts so etwas nur sagen, wenn er entweder von besseren Gründen für seine Forderung schmählich verlassen worden ist, oder wenn er einen stark entwickelten Grad von — nun sagen wir: Mut besitzt. Möglich, daß die „Volkserziehung", die Herrn Holly als dem Geistesvetter des Oberhofmeisters v. Mirbach vorschwebt, am besten durch Kirchenpredigten und Gesangbuchlieder gedüngt wird; wir stellen uns allerdings unter Volkserziehung ein etwas anders geartetes Ding vor. Aber jedenfalls ist es nicht hübsch von Herrn Holly, daß er nicht zugleich auch die beiden andern Mittel zur „Volkserziehung", wie sie bei uns nun einmal im Gange ist, mit genannt hat. Außer der Kirche stehen doch noch die Kaserne und der Kerker „in der deutschen Volkserziehung obenan". Diese drei K gehören zusammen; erst vereint bilden sie die deutsche Volkserziehungs-Dreieinigkeit.

Daß die Mehrheit der Stadtverordneten den Gebührenerlaß abgelehnt hat, nimmt uns eigentlich wunder. Die Herren haben doch schon ganz andere Sachen verdaut, als diese lapidigen 607.50 Mk. Die Herren seihen wirklich Mücken und verschlucken Kamele, wenn sie sich jetzt gegen Bewilligung der Kleinigkeit gesträubt haben, während sie noch vor kurzem mit Hurra und Hussa der Artillerie-Vorlage zustimmten.

Die Bürgerschaft von Halle hat sich bis heutigen Tages noch nicht klar gemacht, welche ungeheure Rute ihr aufgebunden worden ist dadurch, daß unsere Stadtväter erster und zweiter Güte zu den bekannten Bedingungen in die Ververlegung des Artillerie-Regiments gewilligt haben. Im letzten Geschäftsbericht des Magistrats sind die Baukosten der Artillerie-Kasernements mit 2275000 Mk. eingestellt.

Magistratus geberdet sich dabei, als ob die Stadt bei Abschluß des Mietvertrags mit dem Militärfiskus wunder was für ein sei es Geschäft gemacht habe. Er thut das just mit demselben Rechte, wie weiland Hans im Glücke. Nur schade, daß die von uns eingehandelten Kasernements nicht in den Brunnen fallen können, so daß wir von der Last befreit würden, sondern daß wir sie mitschleppen müssen bis an unser seliges Ende.

Daß zu der rosigen Auffassung des Magistrats über den Vertrag mit dem Militärfiskus durchaus kein Anlaß vorliegt, daß vielmehr die Bürgerschaft von Halle bei dem Artillerie-Handel verschiedene Millionen Mark buchstäblich drauf legen muß, ist unschwer nachzuweisen.

Der Militärfiskus hat nämlich die Kasernements auf 30 Jahre gemietet und bezahlt dafür nichts weiter als jährlich a) 5 Proz. der Baukosten, deren Höhe zum Ueberdruß nicht einmal von der Stadt selbst sondern von der Intendantur festgesetzt werden, ferner b) 4 Proz. des Baugeländewertes und c) 10000 Mark Miete für den Exerzierplatz.

Da die Stadt die zur Herrichtung der Kasernements erforderliche Anleihe zu 3½ Proz. verzinsen muß und die bei a) überschießenden 1½ Proz. mindestens erforderlich sind für Reparaturen und sonstige laufende Ausgaben, so wollen wir sehr froh sein, wenn die als Miete gezahlten 5 Proz. der Baukosten gerade ausreichen zur Deckung der laufenden Selbstkosten. Sollte das, was leicht eintreten kann, nicht einmal der Fall sein, dann würde die Bürgerschaft der hohen Ehre teilhaftig werden, Jahr für Jahr noch einige tausend Mark zur Instandhaltung der Kasernements zuschießen zu dürfen, ein Genuß, dem sich gewiß mit ganz besonderer Wonne diejenigen Geschäftsleute hingeben würden, die durch den Militärboykott betroffen werden.

Doch selbst wenn wir den günstigen Fall annehmen, daß die als Miete gewährte fünfprozentige Verzinsung der Baukosten die der Stadt erwachsenden laufenden Ausgaben deckt, so haben wir noch einen sehr schlimmen Umstand unbeachtet gelassen. Das ist folgender: Die Stadt hat ihre Kasernen-Anleihe zu 3½ Proz. zu verzinsen und mit 1 Proz. zu amortisieren (zurückzuzahlen). Dazu sind, wie leicht nachzurechnen ist, jährlich 102 375 M. erforderlich, und da eine derartige Anleihe erst im 45. Jahre getilgt wird, so hat Halle 44 mal 102 375 M. gleich 4504 500 M. zu zahlen, wobei nach dem 44. Jahre noch ein Restchen von rund 72 000 M. ungedeckt bleibt. Nehmen wir nun wiederum den günstigsten Fall an, daß nämlich auch nach Ablauf des für 30 Jahre abgeschlossenen Vertrags der Fiskus die Kasernements zu denselben Bedingungen weiterpachtet, so zahlt er in den 44 Jahren unter Abrechnung der 1½ Proz. Unterhaltungsaufwand nur insgesamt 3 403 500 M., so daß Halle einschließlich des erwähnten Restes von 72 000 M. volle 1 173 000 M. allein an den Baukosten zum Fenster hinausgeworfen hat. Die Summe vergrößert sich entsprechend, wenn der Voranschlag für die Baukosten überschritten oder wenn nach 30 Jahren der Mietspreis noch weiter heruntergedrückt wird. Auch darf nicht vergessen werden, daß die Stadt laut Vertrag für manche der nötigen Vorarbeiten sowie für nichtacceptierte Bauentwürfe überhaupt keinen Pfennig in Ansatz bringen dürfte, und daß ferner der Fiskus für das laufende Meter Gasleitung und Wasserleitung in der ausgedehnten Straßenfront zusammen den lächerlich geringen Betrag von jährlich 1.90 M. bezahlt.

Doch die 1 173 000 Mk. eingebüßten Baukosten sind bei weitem noch nicht der ganze Verlust. Der Magistrat berechnet unter Zustimmung der unter Leitung der kommunalen Vereine gewählten Stadtverordneten dem Fiskus das Bauland spottbillig zu zwei Mark pro Quadratmeter. Da das Kasernenareal 88 00 Quadratmeter umfaßt, zahlt demnach der Fiskus dafür jährlich nur 4 Prozent von 166 000 M., also 6640 Mark. Bedenken wir, daß der Vertrag auf mindestens 30 Jahre gilt und daß in dieser Zeit der Bodenpreis in jener Gegend auf mindestens 20 M. pro Quadratmeter gestiegen sein wird, so können wir als Durchschnittspreis für die 30 Jahre bequem 10 M. annehmen. Dann repräsentiert das Areal nicht einen Wert von 1660 00 Mark, sondern einen solchen von 880 000 M., und die 3¼ prozentige Verzinsung macht 29 50 M. aus. Da der Fiskus nur 6640 M. zahlt, verliert die Stadt durchschnittlich pro Jahr 22 410 M., oder auf die 30 Pachtjahre berechnet 672 300 M. Wer die Berechtigung dieser Kalkulation in Zweifel ziehen will, lese gefälligst die Randbemerkungen auf Seite 203 des letzten Geschäfts-Berichts unseres Magistrats nach. Dort wird gemeldet, daß im vergangenen Jahre von sehr ungünstig gelegenen Parzellen in Freiimfelder Flur, die der Magistrat noch in der vorjährigen Vermögensübersicht selbst nur mit 50 Pf pro Quadratmeter einstellte, 526 Quadratmeter zu je 15 M. verkauft worden sind. Das Bauland zur Artilleriekaserne in der Merseburgerstraße ist sicherlich nicht weniger wertvoll; die Einschätzung zu 10 M. im 30jährigen Durchschnitt ist also noch recht niedrig gegriffen.

Ein sehr beweiskräftiger Vergleich liegt übrigens noch viel näher. Zur Errichtung der Offizier-Speiseanstalt und des Proviantamtes hat nämlich der Magistrat in der Nähe der Kasernements 15 125 Quadratmeter Land vom Freiherrn v. Wendt kaufen und dafür schon jetzt pro Quadratmeter 8 M., zusammen mit den Stempelgebühren 122 300 M., bezahlen müssen. Da nun dem Fiskus auch dieses Areal nur mit 2 M. pro Quadratmeter in Rechnung gestellt werden darf, verzinst er nicht die veranlagten 122 300 M. sondern nur 30 250 M. zu 4 Proz., macht jährlich 1210 M., während die Stadt selbst 4280 M. für Verzinsung der Kaufsumme aufbringen muß, macht jährlich einen reinen Verlust von 3070 M., oder in den 30 Pachtjahren 92 100 M. Einen Bauplatz für 122 300 M. kaufen und ihn nur mit 30 250 M. in Rechnung stellen, das ist freilich ein finanzpolitisches Kunststück, um das der Magistrat nicht allzu viele Neider finden dürfte.

Ein fast noch artigeres Rechenkunststück bringt Magistratus fertig bei Verpachtung des Artillerie-Exerzierplatzes. Dieser Platz ist über 80 Hektar (800 000 Quadratmeter) groß. Der Magistrat nahm 29 Hektar vom städtischen Rittergut in Beesen-Ammendorf dazu bezw. tauschte Aecker desselben gegen passend gelegene Felder ein und kaufte weitere 51,16 Hektar Ackerland für 277 705 Mk. an. Der Magistrat berechnet selbst den Wert des gesamten Areals auf 433 500 Mk. Wie versichert wird, ist diese Einschätzung viel zu niedrig; denn es haben sehr wertvolle Flurteile unseres Rittergutes in Tausch gegeben und zum Exerzierplatz genommen werden müssen. Der Magistrat scheint auch selbst sich dessen bewußt zu sein; denn statt die verwendeten Rittergutsfelder einfach abzuschätzen und zu dem aufgewendeten Kaufpreis von 277 705 Mk. zu addieren, nimmt er eine überaus erkünstelte Umrechnung in Morgen vor. Thatsache ist, daß sich bisher das Rittergut Beesen Ammendorf mit nahezu 5 Proz. rentierte, daß der Wert von 16,91 Hektar, die in Abgang gekommen sind, auf Seite 202 des Berichts mit 97 000 Mk. berechnet worden ist, und daß also die gesamten 29 Hektar, die zum Exerzierplatz mit verwendet wurden, einen Wert von rund 165 500 Mk. besitzen, was bei den 5 Proz. Nutzungswert jährlich 8275 Mk. ausmacht. Der Stadt entstehen somit aus der Hergabe des Exerzierplatzes folgende Selbstkosten: Sie muß die 277 705 Mk. für die angekauften Ländereien mit 3¼ Proz. verzinsen, macht jährlich rund 9720 Mk.; sie verliert ferner am Rittergut Beesen jährlich 8275 Mk. Nutzen, giebt zusammen 17 995 Mk., rund 18 000 Mk. Sie erhält dafür jährlich nur 10000 Mk.; der direkte Verlust macht somit jährlich 8000 Mk., in den 30 Pachtjahren 240 000 Mk. aus. Rechnen wir genauer und summieren wir dazu die beträchtlichen Kosten für die ersten Anlagen des Exerzierplatzes sowie für seine Instandhaltung innerhalb der 30 Jahre, so ergiebt sich ein wirklicher Gesamtverlust von mindestens 280 000 Mk. Und selbst wenn wir uns ganz auf den Boden der Magistratsrechnung stellen, den Wert des Areals also nach seiner niedrigen Taxe auf 433 500 Mark einstellen und von diesem Betrage nur 3¼ Proz. auf Zinsen rechnen, so macht das jährlich 15 172.50 Mk., dem nur 10000 Mk. Einnahme gegenüber stehen, wovon mindestens noch 1000 Mk. für Instandhaltung in Abstrich zu bringen sind, so daß auch dann der jährliche Reinverlust über 6000 Mk., oder in den 30 Pachtjahren, selbst bei Außerachtlassung des steigenden Grundstückswertes, über 180 000 Mk. beträgt. Wie konnte der Magistrat auf die 10000 Mk. eingehen? Reicht seine rechnerische Fähigkeit nicht so weit, daß davon das Anlagekapital bei Anrechnung der Unterhaltungskosten nicht einmal zu zwei Prozent verzinst wird? Wie kann er es vor der Bürgerschaft verantworten, daß er sich ein Objekt von nahezu einer halben Million zu kaum 2 Proz. verzinsen läßt, während die Stadt selbst 3 - Proz. bezahlen muß? Bei solchen Manipulationen hört allerdings der Gurkenhandel und noch verschiedenes andere auf!

Zählen wir die Verlustliste zusammen! Im Verlaufe der 30 Pachtjahre büßt die Stadt ein:

An Baukosten	1 173 000 Mk.
am Kasernenareal	672 300 „
„ Areal der Off.-Speise-Anst. und des Proviantamts	92 100 „
„ Artillerie-Exerzierplatz	280 000 „
In Summa	2 217 400 Mk.

Das kostet uns, gering gerechnet, der Artillerie-Spaß! Jährlich sind das rund 73 900 Mk. Verlust. Und die bürgerlichen Stadtverordneten haben zu alledem Ja und Amen gesagt. Finden sie doch nicht einmal die Kraft, entschiedenes Veto einzulegen gegen den Versuch, eine Bürgerschaft, der eine solche ungeheuerliche Nebensteuer aufgeladen worden ist, durch militärische Boykotte zu schädigen! Jede Bürgerschaft hat die Stadtverordneten, die sie verdient; die Hallesche Bürgerschaft macht keine Ausnahme von dieser Regel. Aber das Lächeln sattesten Spottes muß jedem ehrlichen Arbeiter, Kleinhandwerker und Unterbeamten ankommen, wenn sie die Großsprechereien und Kümmelspaltereien in den kommunalen Vereinen vergleichen mit ihrer Unfähigkeit, große Gesichten zu erkennen. Und wenn die Herren vor den Stadtverordneten-Wahlen wieder riskieren sollten, an ihren Kandidaten „die großen kaufmännischen Fähigkeiten", „den sicheren Blick für das Wohl des Gemeinwesens", „die klare Erkenntnis dessen, was der Stadt zum Vorteil gereicht", und wie die läppischen Phrasen sonst noch heißen, anpreisen zu wollen, so mögen unsere Freunde ihnen den vorlauten Mund stopfen durch den Hinweis auf den Artillerie-Spaß, der uns 2¼ Millionen kostet.

An alle Arbeiter aber und an alle Geschäftsleute, die sich noch politische Unabhängigkeit gewahrt haben, muß schon jetzt, obwohl uns noch ein Jahr von den nächsten Stadtverordnetenwahlen trennt, die eindringliche Mahnung gerichtet werden, unablässig in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß bei den nächsten Wahlen wenigstens in der dritten Abteilung nur Kandidaten gewählt werden, die einem solchen Systeme, für welches die treffende Bezeichnung leider unterdrückt werden muß, weil sie vielleicht als „Beleidigung" taxiert werden könnte, den Krieg bis aufs Messer erklärt. Mit den Kandidaten der kommunalen Vereine hat die Bürgerschaft nun wieder und immer wieder so schlechte Erfahrungen gemacht, daß in allen Kreisen, nicht bloß in den politisch uns nahestehenden, die Empfehlung eines Kandidaten durch die kommunalen Vereine die sicherste Gewähr sein sollte, ihm zu einem choleraartigen Durchfall zu verhelfen. Vorläufig ist freilich noch nicht zu erwarten, daß dieser Gesundungsprozeß am städtischen Körper sich mit der erwünschten Schnelligkeit und Gründlichkeit vollziehen wird.

(Fortsetzung folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 18. Januar 1901.

Sozialdemokratischer Verein.

Die erste Versammlung in diesem Jahre fand im Restaurant „Grothe" statt und war sehr zahlreich besucht. Genosse Reiwand gab nach Eröffnung der Versammlung bekannt, daß es dem Genossen Baudert, der als Referent vorgesehen, krankheitshalber nicht möglich sei, das Referat zu halten. An dessen Stelle trat Genosse Thiele ein und hielt ein kurzes, mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat über die 200jährige Krönungsfeier. Redner gab zunächst den in Berlin gemachten Eindruck über die Vorbereitungen, die dort getroffen wurden, zum besten und wunderte sich, daß derartige Feste immer durch öffentlichen „Brunk" gefeiert würden. Als Sozialdemokraten könnten wir über die Geschichte Preußens gerade nicht so begeistert denken, was Redner durch einen kurzen geschichtlichen Rückblick zeigte. Was die früheren Hohenzollern anbetreffe, so wären sie stets bestrebt gewesen, ihre Hausmacht zu sichern, aber in Zeiten der Gefahr, als Napoleon in Preußen aufrannte, hätte das Volk, aber nicht die Fürsten Deutschland wieder ein selbständiges Gebilde gegeben, allerdings wären die Prügel für das Volk dafür nicht ausgeblieben, wie das stets der Fall sei. Was Napoleon betreffe, so hätte er thatsächlich verrotteten Zuständen ein Ende gemacht und verschiedene freiheitliche Gesetze eingeführt, wofür das Volk nur dankbar sein könne. Daß die Fürsten Deutschland nicht einig gemacht, dafür spreche auch die 1848er Bewegung, wo das Volk ebenfalls die Kastanien aus dem Feuer geholt habe. Wie unter Napoleon mit einer ganzen Anzahl von Fürsten aufgeräumt worden, so hätten wir bis in die Neuzeit gesehen, wie stets die Eroberungspolitik eine Rolle gespielt. Das könne man von 1866 sowie 1871 konstatieren, und so ginge es bis in die Neuzeit. Auf keinen Fall würden die Sozialdemokraten aber Veranlassung nehmen, in den Festrausch mit einzustimmen.

Nachdem Redner noch die Zustände in den Kleinstaaten gestreift, machte er zur Erinnerung an das 200jährige Jubiläum auf die verschiedenen Gesetzesvorlagen, die sich namentlich gegen das Volk gerichtet haben, aufmerksam, berührte auch den Majestätsbeleidigungsparagraphen, sowie die Prozesse gegen das Volksblatt und gelangte zu dem Schlusse, daß wir als Sozialdemokraten der Feier sehr kühl gegenüberständen.

Nachdem gab Genosse Meyer den Kassenbericht für die Monate November und Dezember. Derselbe balancierte in Einnahme mit 1346.17 M. und in Ausgabe mit 549.40 M., bleibt ein Bestand von 796.77 M. Aus dem Bericht ging hervor, daß der Verein in den beiden Monaten um 290 Mitglieder zugenommen habe. Alsdann gab Genosse Reiwand die gefaßten Beschlüsse seit dieser Zeit bekannt. Er erwähnte die Regelung der Einkassierung der Beiträge, sowie die Zunahme an Mitgliedern; in allen bekannten Zigarrengeschäften 2c. können Aufnahmen erfolgen. Die Flugblattverbreitung würde wieder in Angriff genommen werden, überhaupt müsse bei der Agitation jeder Genosse mitwirken; Säle, wie Kaisersäle und Kaiser Wilhelmshalle, ständen uns noch nicht zur Verfügung, worauf die Genossen zu achten hätten. Da uns größere Aufgaben, z. B die Stadtverordnetenwahl, die Gewerbegerichtswahl 2c. bevorstehen, müsse jeder Genosse bei der Agitation mitwirken. An den Bericht des Vorstandes schloß sich eine lebhafte Diskussion an, einzelne Wünsche wurden laut und schließlich wurde betr. des Ausschlusses von Mitgliedern ein Antrag Thiele angenommen, wonach vor dem Ausschluß seitens des Vorstandes jedesmal das in Betracht kommende Mitglied gehört werden müsse. Auf vorgebrachte Klagen betr. Verweigerung von Sälen wurden die Genossen darauf aufmerksam gemacht, sich stets an den Genossen Reiwand zu wenden, falls ein Saal verweigert würde. Unter Verschiedenem wurde angeregt, lebhaft für das Volksblatt zu agitieren. Alsdann schloß Gen. Reiwand mit dem Wunsche, die ferneren Versammlungen ebenso zahlreich zu besuchen, um ¾12 Uhr die Versammlung. G.

Jubelfeier und Krise.

Just so recht hinein in die Zeit der Entlassungen, der Not und des Elends fällt die 200jährige Jubelfeier. In der Halleschen Maschinenfabrik wurden am letzten Sonnabend wiederum 17 Mann entlassen, vorgestern bekamen wir Kenntnis, daß ein Eisendreher, der 16 Jahre in einer Fabrik brav gearbeitet hat, entlassen worden ist. Vor uns liegt ein Strafzettel vom

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010119-19/fragment/page=0006

Halleschen Röhrenwerks, wonach mehrere Arbeiter „wegen Arbeitsvernachlässigung" mit Strafen von 20 Pfennigen und weit darüber hinaus belegt worden sind. Ihr Vergehen bestand darin, daß sie bei einer in dem Betriebe unter Arbeitern stattgehabten Balgerei zugesehen hatten rc. Am heutigen Tage wird in verschiedenen Betrieben — in erster Linie in denen der Geheimen und Kommerzienräte Riedel und Dehne — von 12 Uhr ab die Arbeit ruhen, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, an der Jubelfeier teilzunehmen. Wie die Jubelfeier bei den von den Industriellen durch Freigabe des Nachmittags in „Mitfreudenschaft" gezogenen Arbeitern ausfallen wird, darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren. Die Miete ist kaum vorüber, das Feuerwerk ist notwendig und die Nahrungsmittel sind nicht billiger geworden. Allein dieser Umstand müßte den Herren Industriellen schon Veranlassung geben, den Arbeitern den Ausfall des halben Tages zu entschädigen. Zum Ueberfluß weisen wir wiederum auf § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches hin, in dem es heißt: Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund, ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Hier können die Industriellen ihren Patriotismus in erster Linie betätigen. Die Bezahlung des halben Tages würde nach außen hin auch einen guten Eindruck machen — allerdings — es kostet etwas. Die Metallarbeiter werden ja sehen, ob nach der Freitagsjubelfeier, am Sonnabendszahltag, der Katzenjammer kommt.

Der Volkskalender

scheint manchen Leuten arg im Magen zu liegen. Zwar wird in diesem Jahre von Beschlagnahmen und Wegholungen aus den Wohnungen der Landbewohner weniger bekannt, als im vorigen Jahre, allein immerhin ist man in gewissen Kreisen dem kleinen, unscheinbaren Ding recht wenig grün und wünscht, daß am liebsten die Verbreitung überhaupt unterlagt würde. Das geht nun zwar nicht an, deshalb mehr ist man aber über diejenigen ungehalten, die den Volkskalender verteilen und ihn von Haus zu Haus tragen. Daß sie sich mit dem Inhalt des Kalenders dadurch identifizieren, gilt als ausgemacht. Was aber erst dann, wenn jemand beschuldigt wird, den Volkskalender verbreitet zu haben, wenn der also Angeschuldigte ein grimmiger Hasser des Kalenders ist? Ein solcher Fall passierte unlängst in Beuna bei Merseburg. Es kursierte das Gerücht, im Beuna-Letzschener Turnverein seien Volkskalender verbreitet worden und — was das Schlimmste war — noch dazu vom Vorstande resp. Vorsitzenden des betreffenden kreuzbraven und hyperpatriotischen Vereins. Schrecklich! War so etwas möglich und wer war der Attentäter, der eine so furchtbare Anschuldigung in die Welt setzte? Herr Franz Gaudig — so heißt der Turnvereinsvorsitzende — konnte eine derartige Beschuldigung nicht auf sich sitzen lassen, er fahndete nach dem Urheber des Gerüchts und entdeckte ihn endlich in der Person eines 72jährigen, an zwei Stöcken gehenden, mitleiderregenden Greises. Dieser wurde nun vor den Schiedsrichter geladen, um hier seine Frevelthat zu bekennen oder — seine Unschuld zu beweisen. Aber der Alte kam nicht, da er den Weg bis zum Schiedsrichter infolge seiner kranken Beine nicht zurücklegen konnte. So wird also die Sache ein gerichtliches Nachspiel haben, obwohl der alte Mann steif und fest behauptet, er sei unschuldig an dem Zustandekommen des Gerüchts. Es muß also sehr gefährlich sein, den Volkskalender zu verbreiten, sonst würde Herr Franz Gaudig sich nicht solche Mühe geben, von derartigen Beschuldigungen sich rein gewaschen zu sehen. Hoffentlich gelingt ihm das — zum Heil und Segen des Beuna-Letzschener Turnvereins.

Einen interessanten Konzessionsstreit

zwischen der hiesigen Polizei-Verwaltung und der Gastwirtin Klara Braese hierselbst hat das Oberverwaltungsgericht dieser Tage erledigt. Der Ehemann der Frau Braese, der früher in Dessau eine Schankwirtschaft betrieb, ist 1898 wegen Kuppelei und Körperverletzung, begangen bei Ausübung seines Schankgewerbes, zu einer mehrmonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Die Familie siedelte darauf nach Köthen und einige Monate später wieder nach Halle über, wo Frau Braese das Lokal „Zum Landgrafen" übernahm. Der Stadtausschuß erteilte ihr die Konzession, nachdem sie einige Leumundsatteste vorgelegt hatte. So hatte ihr die Behörde in Dessau bescheinigt, daß über sie nichts Nachteiliges bekannt geworden sei, insbesondere nicht mit Bezug auf § 33 der Gewerbeordnung, worin die Gründe zur Versagung der Schankkonzession angegeben sind. Außerdem lag ein Attest der Köthener Behörde vor, wonach über die Führung ihres Ehemannes während seines Aufenthalts in Köthen nichts Nachteiliges bekannt geworden ist. — Nachträglich hat nun die hiesige Polizeiverwaltung von den Verehlichungen des Ehemannes in Dessau Kenntnis erhalten. Sie strengte alsbald gegen seine Frau die Klage auf Konzessionsentziehung an und machte geltend, die Frau habe sich durch falsche Nachweise die Konzession erschlichen. Die Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft wäre ihr nicht erteilt worden, wenn die Bestrafung des Mannes bekannt gewesen wäre, denn seine Verehlichungen ließen befürchten, daß auch der Betrieb der Frau zur Förderung der Unsittlichkeit mißbraucht werden würde.

Der Bezirksausschuß in Merseburg wies jedoch die Klage der Polizeiverwaltung mit folgender Begründung ab: § 53 der Gewerbeordnung gestatte der zuständigen Behörde unter zweierlei Voraussetzungen, die Zurücknahme der Konzession zu erwirken. Erstens, wenn die Unrichtigkeit der Nachweise dargethan sei, auf Grund deren die Konzession erteilt worden ist, und zweitens, wenn klar erhelle daß der Konzessionsinhaber den Anforderungen nicht entspreche die nach dem Gesetz an einen Gastwirt zu stellen sind. (§ 33 G.-O.) Letzteres scheide hier deshalb aus, weil die Verehlichungen des Ehemannes vor der Konzessionserteilung lägen und solche derart zurückliegende Thatsachen im Entziehungsverfahren nicht zu berücksichtigen seien. Aber auch die Unrichtigkeit der „Nachweise", die Frau B. vor der Erteilung der Konzession beigebracht habe, sei nicht dargethan. Die Zeugnisse über das Vorleben der Frau sagten dieser mit Recht nichts Böses nach. Es bliebe also nur das Attest aus Köthen über den Mann, und das erstrecke sein Urteil nur über die Zeit des Köthener Aufenthalts, während der Herr B. sich nicht vergangen habe. Somit könne von unrichtigen Nachweisen nicht die Rede sein.

Die Polizei-Verwaltung legte Berufung ein. In der mündlichen Verhandlung vor dem 3. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts wurde sie durch den Stadtrat Schnackenburg vertreten. Der Herr meinte, das Dessauer Attest sei entschieden objektiv unrichtig. Das Attest sei ausdrücklich wegen der Konzessionserteilung eingeholt worden. Die Polizei-Verwaltung in Dessau hätte sich deshalb auch über den Mann auslassen müssen, denn sie hätte voraussetzen können, daß der Stadtausschuß Halle die Konzession nicht erteilen werde, wenn ihm bekannt sei, daß der Ehemann der Frau B. wegen seines Verhaltens in einem Restaurationsbetriebe mit dem Kuppelparagraphen Bekanntschaft gemacht habe. Gleichgiltig wäre es gegenüber dem objektiven Thatbestande, ob der Fehler durch die Polizeiverwaltung in Dessau oder ob er durch die in Halle verschuldet worden sei, weil letztere nur nach dem Verhalten der Frau gefragt habe.

Das Ober-Verwaltungsgericht verwarf die Berufung der Polizei-Verwaltung. Der Senatsvorsitzende führte begründend aus: Zu „falschen Nachweisen" im Sinne des § 53 würden die Atteste über das Verhalten der Frau nach nicht dadurch, daß sie nicht erkennen liegen daß die Frau mit ein m wegen Kuppelei bestraften Manne in ehelicher Gemeinschaft lebe und was das Attest über den Mann angehe, so habe der Bezirksausschuß mit Recht den Wortlaut für entscheidend erachtet, wonach darin nur die Zeit des Köthener Aufenthalts berücksichtigt sei. Die Polizei-Verwaltung oder der Stadt-Ausschuß hätten weiter nachfragen müssen. Jedenfalls könne nicht gesagt werden, es sei von falschen Nachweisen Gebrauch gemacht worden. W.

Die Stummdorfer Messerafäre, worüber im November berichtet wurde, kommt nächstens vor der Strafkammer zur Aburteilung, da der Hauptangeklagte, der gelegentlich der Kirmesfeier einem Arbeiter den tödlichen Stich beibrachte, noch nicht das achtzehnte Lebensjahr überschritten hat. Ein bei der Affäre Verletzter liegt noch schwer krank in der Klinik.

* **Mancherlei Sehenswertes** hat das Apollo Theater auch diesmal seinem Spielplan wieder einverleibt; freilich der gesanglichen Teil ist etwas kurz weggekommen. Schwirrt auch die Konzertsängerin Frl. Irma Beiani leidlich ab, so ist dies von Frl. Lucie Fernando, der Soubrette, leider nicht zu sagen, wohingegen wieder als Instrumentalisten M. Bindaro und Miß Fen imponierten. Die Eigenart ihres „Instruments", wenn wir es so nennen dürfen — eine Kollektion Gläser, die durch Bestreichen ihres oberen Randes mit den Fingerspitzen zum Tönen gebracht werden — und die einschmeichelnden Melodien werden für jeden Musikfreund ein Genuß sein. Miß Fen füllt übrigens mit ihrem außerordentlichen Gedächtnis unter Assistenz ihres Partners eine zweite Nummer in interessanter Weise aus. Kraft und Geschicklichkeit zeigt das Fidardi-Trio als Elite Akrobaten. Zwar schien es uns, als ob das „Gelingen" mancher ihrer ersten Nummern nicht beabsichtigt war, wenn aber einer der Künstler mit einem kühnen Saltomortale von den Schultern eines Kollegen aus dem ersten Rang aber einen Beifall. abstattet, so darf sich die Kritik eines weiteren Urteils enthalten. Nicht minder erfolgreich „arbeitet" der Charakter-Komiker Herr Reichert als Vagabund auf dem Dreirad obgleich ihm im Kunstfalle Mr. Tourn, der Unfesselbare, der sich auf unfichtbare Weise der ausgesuchtesten Fesseln und selbst des Käfigs entledigt doch wohl den Rang ablaufen würde. Neben Luigi Rafaeli, dem Karikaturen-Schnellzeichner seien noch Leo Morlens Lebende Photographien erwähnt, die diesmal eine Reihe außerordentlich interessanter Verwandlungsbildern darbieten, während Herr Kapellmeister Friedemann zur Vervollständigung des Ganzen beiträgt, gestern aber besonders durch Aufführung der Ouverture zur Oper „Stradella" den Beifall des Publikums in reichem Maße erntete. K.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Die Oper Carmen gelangt am Sonnabend zur Wiederholung, außer Farbenabonnement, doch haben Beamtenbilletts Gültigkeit. Für Sonntag nachmittag 3½ Uhr ist als Fremden-Vorstellung bei kleinen Preisen Der Freischütz angesetzt, abends gelangt die Oper Amen. hierauf die Lustspiel-Novität Der wilde Reutlingen zur zweiten Aufführung.

* **Aus dem Bureau des Thalia-Theaters.** Am Sonnabend gelangen „Die strengen Herren" abermals zur Wiederholung. Für die am Sonntag, den 20. d. M., stattfindende Doppelvorstellung bei einfachen Preisen wird die Novität „Die Liebesprobe", ein dreiaktiger Schwank von Thilo von Troika und Julius Freund, vorbereitet.

Am Montag den 21. d. M., an welchem Tage Herr Direktor Manthner mit seinem ganzen Personal, einer Einladung folgend, in Dessau „Die Dame von Maxim" zur Aufführung bringen wird, wird im hiesigen Thalia-Theater keine Vorstellung stattfinden.

Merseburg. Erklärung. In Nr 192 des Volksblattes vom vorigen Jahre, das von mir verantwortlich gezeichnet wurde, ist die Behauptung aufgestellt worden, die Firma Blanke u. Ko in Merseburg habe einen Arbeiter entlassen und einen anderen in der Prämienzahlung um 10 Jahre zurückversetzt um dem Herrn Blanke die Prämie zu sparen. Daran ist die Bemerkung geknüpft die Arbeiter sollten sich schämen, einen solchen Chef mit Hurra zu begrüßen.

Ich nehme diese unrichtigen beleidigenden Aeußerungen hiermit zurück.

Halle a. S., den 18. Januar 1901. **Wilhelm Swientu.**

Merseburg. Sonntag, den 20. d. Mts., hält der Verband der Fabrik- und Landarbeiter in der Funkenburg sein erstes Stiftungsfest ab. Um nun den Mitgliedern und Gästen einen recht vergnügten Abend zu bereiten, hat der Vorstand die Berliner Theatergesellschaft „Strzelewicz" engagiert. Letztere wird den Merseburger Arbeitern noch in guter Erinnerung sein, so daß hier ebenfalls ein guter Besuch zu erwarten ist.

Zeitz. Schon heute sei darauf hingewiesen, daß der Sozialdemokratische Verein seine Versammlung diesmal am Montag abend in Schindlers Restaurant in der Gartenstraße abhält. Der Dienstag-Abend ist nicht zu bekommen, da der Saal nicht frei ist. Am Montag abend findet ein Vortrag mit Lichtbildern über die Pariser Weltausstellung statt, worauf alle Mitglieder aufmerksam gemacht werden.

Bitterfeld. In der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die bereits durch Inserat bekannt gegeben ist, wird Genosse Weigmann-Halle den zweiten Vortrag über unser Programm halten und es ist zu wünschen, daß die Versammlung ebenso zahlreich besucht und die Diskussion mit demselben Eifer gepflogen wird, als dies in der im vorigen Monat abgehaltenen geschah. Die auswärtigen Genossen sind auch diesmal herzlich eingeladen. Der Sozialdemokratische Verein muß auch bei uns seinen Mitgliedern die Aufklärung über alle theoretischen Parteifragen geben und jedem einzelnen Genossen die Fähigkeit anerziehen, die Ideen und Ziele des Sozialismus auch dem Gegner gegenüber vertreten zu können. Ein zahlreicher Besuch ist deshalb am Platze.

Rostleben. Der Naturmensch „gustaf nagel" traf am Montag mit der Bahn von Karsdorf hier ein. Da er seine Ankunft dem Gastwirt Zimmermann angemeldet hatte, waren besonders die Kinder auf den Beinen, den Sonderling zu empfangen und anzustaunen. Die Räume im Hirsch waren dann am Abend und am nächsten Vormittag von Sehenslustigen gefüllt, betasteten die nackten Füße und nahmen gegen zahlreiche Nickelstücke Postkarten und kleine Flugschriften zum Andenken entgegen. Das Geschäft des Pilgers war sonst ein ganz gutes, und am Mittag wanderte er barfuß durch den Schnee nach Wiehe weiter.

Großzeitz. Ein Kleinbahnidyll. Der hiesige Anzeiger schreibt: „Freitag morgen blieb zum Aerger der hiesigen Geschäftsleute die Post aus. Erkundigungen auf dem Postamte ergaben, daß der Zug Nr. 2 von Löbejün, welcher 7.49 Uhr hier eintreffen muß, ausgeblieben sei. Alles war ratlos. Der Telegraph spielte ebenfalls nicht - jedenfalls infolge eines Defekts. Endlich um 10 Uhr traf von Löbejün eine Depesche folgenden Inhalts ein: „Zug Nr. 2 kann wegen Wassermangel von Löbejün nicht abgelassen werden!" — Tableau! — Der Zug 10.27 Uhr traf dann fahrplanmäßig ein und erlöste die bedrückten Gemüter.

Querfurt. Zur Popelschen Mordsache. Bei der am Montag stattgefundenen Obduktion der Leiche des Polizeisergeanten Popel hat sich herausgestellt, daß der Schädel durch drei Beilhiebe zertrümmert war und wohl anzunehmen ist, daß ein Kampf vorhergegangen ist. Bestimmtes über den oder die Thäter ist leider noch nicht zu melden. Ein Mann von hier ist indes, der That verdächtig, dem hiesigen Amtsgericht eingeliefert worden. Stiefelabdrücke sind gemacht. Popels Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Alterode (Kreis Mansfeld). Einen Rehbock fing der Briefträger Mühlemann im hiesigen Dorfe. Der Bock hatte sich in die Teichgasse verirrt, und da von der entgegengesetzten Seite ein Mann ebenfalls nach dem Bock haschte, mußte sich dieser gefangen nehmen lassen.

Halberstadt. Eine schwarze Liste der hiesigen Handschuhfabrikanten ist unserem Parteiblatte, der Volkszeitung, auf den Redaktionstisch geflogen. In dieser sind die Namen von 295 Handschuhmachern und 22 Dresseuren, die hier ansässig waren, verzeichnet; am Schluß des sonstigen Ausweisungsdekrets heißt es: Da eine Feststellung des Geburtsortes bei der Menzahl oben aufgeführte Handschuhmacher und Dresseure nachträglich nicht mehr möglich war, bitten wir unsere Mitglieder bei der Annahme neuer Arbeitskräfte genau darauf zu achten, ob dieselben zuletzt in Halberstadt in Kondition waren. — Strafe muß sein. Weil die Handschuhmacher es gewagt haben, in der Lehrlingsfrage den Fabrikanten die Zähne zu zeigen, sollen sie jetzt einer empfindlichen Hungerkur unterzogen werden.

Magdeburg. Die Eisenbahner-Zusammenkunft — kein Verstoß gegen das Vereinsgesetz. Bekanntlich wurde eine Zusammenkunft der Eisenbahnarbeiter im Oktober vorigen Jahres, die im Lokale des Genossen Königstedt stattfand, von der hinzukommenden Polizei als eine Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes, die der Anmeldung bedürfe, angesehen und aufgelöst, weil sie polizeilich nicht angemeldet war. Königstedt und drei Teilnehmer an der Zusammenkunft, die als Leiter und Redner fungiert haben sollen, erhielten je ein Strafmandat von 30 M. Sie legten Berufung an das Schöffengericht ein und dieses hat am Dienstag die Strafmandate aufgehoben und die Mandanten freigesprochen.

Erfurt. Ein peinlicher Zwischenfall, so melden bürgerliche Blätter, ereignete sich jüngst in einem hiesigen Restaurant. Nonges. Als dort ein junger geachteter Mann mit seiner zukünftigen Frau sah, trat plötzlich ein Mädchen auf das Paar zu und legte einen Säugling mit den Worten auf den Tisch: „Hier, Kind, ist Dein Vater!" Selbstverständlich folgte eine stürmische Szene, die schließlich der Restaurateur schlichtete.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

Eine entsetzliche Verbrühung erlitt am vorigen Mittwoch das fünfjährige Töchterchen des Maurers Siekert in Torgau. Auf dem Kachelofen stand ein Blechtopf, in dem sich kochendes Wasser befand. Aus einer vollständig unbekannten Ursache wurde der vierte Teil des siedenden Wassers plötzlich aus dem Topf herausgeschleudert und traf die Kleine, die zwei bis drei Schritt entfernt vom Ofen lag, am Hinterkopf und im Gesicht. Sie hat eine Nervenerschütterung davongetragen, die eine Entstellung des Gesichts zur Folge hat, auch ist die rechte Körperhälfte gelähmt. — Durch einen Steinwurf des Fördermannes Krüger auf einer Grube bei Steßleben wurde dem 15jährigen Bergjungen Prast die Schädeldecke zertrümmert. — In der Nähe von Roßbach bei Freiburg a. d. U. wurde ein Ziegelgeschirr von einem Eisenbahnwagen erfaßt und zertrümmert, sowie zwei Pferde getötet. — In Hohlstedt kam der 18jährige Landwirtssohn Senftleben mit der rechten Hand in die Drehmaschine; die Hand wurde völlig zermalmt. — In der Dietrichschen Papierfabrik in Weißenfels geriet der Arbeiter Lenne mit der Hand in eine Kammradgetriebe und wurde schwer verletzt. — Bei einem Streit mit ihrem Schwiegervater trug in Großlnitz eine Einwohnerstrau so schwere Verletzungen an der Hand und am Kopfe davon, daß sie einer Halleschen Heilanstalt zugeführt werden mußte.

Versammlungsberichte.

Holzarbeiter.

Die Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes tagte am 12. Januar im Weißen Roß.

Die Tagesordnung war folgende: 1. Bericht der Gaukonferenz in Dessau. 2. Verschiedenes.

Nach kurzer Begrüßung der Mitglieder seitens des Vorsitzenden geht selbiger zur Berichterstattung über; diese wurde zum Teil von anderen Delegierten ergänzt; erwähnt sei, daß der Antrag auf Aufstellung eines Gauobmanns abgelehnt wurde mit 24 gegen 11 Stimmen, obwohl sich Magdeburg verpflichtete, 1070 Mark jährlich dazu beizutragen. Unter Verschiedenem kam sodann die Anregung seitens des Kartells zur Sprache betreffs Anschaffung der Broschüre „Der Mieter und sein Recht" von Lipinsky zum Selbstkostenpreis von 10 Pf. Auch der Fragezettel zwecks Erhebung einer statistischen Aufnahme fürs Kartell wurde einer kurzen Besprechung unterzogen. Ueber die Bekanntgabe der Wahl des Innungsschiedsgerichts wurde Klage geführt, daß dies nicht zur rechten Zeit gemeldet worden sei, sonst würde jedenfalls eine regere Beteiligung stattgefunden haben.

Auf Antrag wird eine Besprechung des Submissionswesens bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Nachdem seitens des Vorsitzenden bekannt gegeben worden, daß die nächste Generalversammlung am Sonnabend, den 26. Januar, stattfindet, in welcher die Abrechnung sowie die Neuwahl des Gesamtvorstandes ihre Erledigung findet, schloß derselbe mit dem Wunsche, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, ½12 Uhr die Versammlung. (Eingeg. 16. ds.) H. K.

Metallarbeiter Krankenkasse.

Sonntag, den 13. Januar, hielt die Filiale der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29 Hamburg) ihre Mitgliederversammlung im Restaurant Moritzburg ab. Tagesordnung: 1. Jahreskassenlegung. 2. Verschiedenes. Zur Eröffnung der Versammlung spricht der Bevollmächtigte J. Schmidt sein Bedauern aus über den schwachen Besuch, da nur annähernd 40 Mitglieder erschienen waren. Den Kassenbericht vom verflossenen Jahr bringt der Kassierer Höfer zur Verlesung; an Beiträgen gingen ein: 146.5.90 Mark, Ausgaben an Krankengeld 12 132.89 Mk., an Sterbegeld 490 Mark; der Mitgliederbestand ist jetzt 725. Der Jahresabschluß ist geprüft, sowie alles in heller Ordnung befunden worden. Im Berichte an wird bekannt gegeben, daß 13 Mark der freiwilligen Sammelbüchse entnommen wurden, wovon der Frau eines verstorbenen Mitgliedes 6 Mark bewilligt werden, die übrigen 7 Mark wird beschlossen, nach Braunschweig zur Unterstützungskasse zu senden. Hierauf werden noch mehrere kleinere Angelegenheiten erledigt, worauf Schluß der Versammlung erfolgt. H.

Zimmerer (zentr.).

Am 18. ds. fand bei Streicher die Generalversammlung statt, mit der Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben.
2. Wahl des Delegierten zur Generalversammlung in Nürnberg.
3. Innere Angelegenheiten.

Zum ersten Punkte erstattete Kollege Brünner Bericht vom vorigen Jahre. In diesem haben stattgefunden 9 öffentliche, 15 Mitglieder-, 2 Generalversammlungen und 12 Vorstandssitzungen. 11 Kartellsitzungen wurden besucht. 130 Briefe und Karten sind ein- und ausgegangen; was den Besuch der Versammlungen anbetrifft, so war er bei unserer Lohnbewegung am stärksten. Den Kassenbericht von der Hauptkasse erstattete

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010119-19/fragment/page=0007

Kollege Kuhl, vom Lokalfonds Märker, beide waren revidiert und für richtig befunden worden. Hierauf wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Zur Neuwahl wurde Meinhardt als 1. Vorsitzender, Kuhl als 1. Kassierer, Banse als 1. Schriftführer, als Revisoren Brode und Sturm gewählt. Zum Lokalfondskassierer wurde Angermann, und als Bezirkskassierer für Giebichenstein Schondorf gewählt.

Beim zweiten Punkt wurde Brünner einstimmig gewählt. Gleichfalls wurden verschiedene Anträge zur Generalversammlung diskutiert, welche alle bis auf einen angenommen wurden.

Zum dritten Punkte wurden noch einige kleine Angelegenheiten erledigt und beschlossen, daß die Bezirkskassierer die Fondsmarken weiter verkaufen sollen.

Mit einem Appell an die Kameraden, uns im neuen Jahre immer mehr Mitglieder zuzuführen und die Versammlungen besser zu besuchen, zumal die, welche am 27. d. M. stattfindet, in welcher Kollege Bringmann aus Hamburg über die Zimmererbewegung von Halle referieren wird, schloß der Vorsitzende die letzte von ihm geleitete Versammlung. (Eingeg. am 16. d. M.)

O. B.

Schkeuditz.

In der am 9. Januar stattgefundenen Kartellsitzung hielt Genosse Schrek einen Vortrag über die deutsche gewerkschaftliche Bewegung. Er führte an, unter welchen Schwierigkeiten sich die Gewerkschaften entwickelt und ausgebreitet haben. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß die Buchdrucker-Organisation im allgemeinen und in Leipzig im besonderen gegen die Arbeiterbewegung arbeitet, indem sie beabsichtigt, ein Organ zu gründen, was sich mit der Parteidisziplin durchaus nicht verträgt. Weiter wurde das Verhalten der Leipziger Buchdrucker gerügt, so weit es sich um die Leitung der Leipziger Volkszeitung handelt. Man ist der Ansicht, daß die Leipziger Buchdrucker mit ihrem Vorgehen der Arbeiterbewegung nicht nützen, sondern schaden und am allermeisten sich selbst damit treffen.

Unter Verschiedenem giebt Genosse Göricke bekannt, daß die hiesige Gewerkschaft der Maurer ihre Zustimmung zu der eingeführten Steuer des Kartells, pro Mitglied und Monat 5 Pf., gegeben hat. Weiter führt Genosse Dähne an, daß der Austritt aus der Kirche zu empfehlen sei und wünscht, daß dies in den Arbeitervereinsversammlungen etwas näher beleuchtet wird, indem am hiesigen Orte mehrere Genossen gezwungen wären, aus der Kirche zu scheiden. Der Kassierer des Kartells wünscht, daß die Vertreter dafür sorgen möchten, daß die Kassengeschäfte dem Kartell gegenüber geregelt würden, da doch der Geschäftsbericht der nächsten Versammlung vorgelegt werden müsse. Ebenfalls müßten die Kosten des Maiprozesses von verschiedenen Gewerkschaften noch beglichen werden. Weiter wünschten die Vertreter, jeder Gewerkschaft einen Bericht zugehen zu lassen. Der Kassierer ersucht, bei Zusammenstellung des Geschäftsberichts den Gesamtvorstand mit zuzuziehen. Genosse Göricke führt an, daß in verschiedenen Gewerkschaften den Delegierten Diäten gezahlt würden und wünscht, daß dies in allen Gewerkschaften eingeführt werden möchte. Genosse Schrek fragt an, ob die Eisenbahn-Direktion auf die Petition geantwortet hätte, was der Vorsitzende verneint.

Die Tagesordnung der nächsten Sitzung wurde wie folgt festgesetzt: 1. Einführung der neuen Delegierten, 2. Geschäftsbericht und Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. — Unentschuldigt fehlten die Genossen Stahn, Kohlmann und Fiedler.

Arbeiter-Verein Schkeuditz und Umgegend.

In der am Sonntag, den 13. Januar 1901 stattgefundenen Generalversammlung wurde vom Vorsitzenden der Jahresbericht mitgeteilt, unter welchem folgende Punkte erwähnenswert sind: Im verflossenen Jahre wurden 12 Versammlungen abgehalten (6 Vorträge und 6 Vorlesungen); die Vorlesungen wurden aus Büchern der Vereinsbibliothek entnommen. Der Versammlungsbesuch kann ein zufriedenstellender genannt werden. Der Verein zählte im Januar 1900 81 Mitglieder und ist im Laufe des Jahres auf 134 gestiegen. Der Kassierer gab alsdann den Kassenbericht und wurde ihm Decharge erteilt. Kassenbestand von 1900: 179.94 M., Einnahme von 1900: 489.14 M., Ausgabe 345.70 M., bleibt ein Kassenbestand von 143.44 M.

Nach diesem wurde zur Neuwahl des Gesamtvorstandes geschritten; wiedergewählt wurde Ernst Schreck, 1. Vorsitzender, Hermann Maaß als 2. Vorsitzender, neugewählt Otto Fritsche als 1. und Herm. Jäger als 2. Schriftführer, zum 1. Kassierer Friedrich Knuth, als 2. Kassierer Aug. Rothe, als Bibliothekar Otto Hochbach.

An Unterstützungen wurden dem Agitationskomitee 140 Mk. in zwei Raten und 3 Genossen zusammen 45 Mk zugeführt. Unter Verschiedenem wurde der Wunsch laut, eine regere Agitation zu entfalten behufs Erwerbung neuer Mitglieder; daraufhin stellte Gen. Mitz. Böhm einen Antrag: Gedruckte Aufnahmeformulare anfertigen zu lassen und öffentlich zu verbreiten.

Eine längere und heftige Debatte entspann sich noch über den Konflikt in der Leipziger Volkszeitung, wozu folgende Resolution angenommen wurde:

„Zu den seit längerer Zeit bestehenden Differenzen zwischen der Leipziger Volkszeitung und dem Buchdrucker-Verband erklärt die heutige General-Versammlung des Arbeitervereins für Schkeuditz und Umgegend: Wenn man auch zu der Entstehung der Differenzen über die größte Schuld der streitenden Parteien verschiedener Ansicht sein kann, so ist doch die Kampfesweise der Leipziger Verbandsbuchdrucker, welche darauf hinzielt, ein Parteiorgan zu vernichten, entschieden zu verurteilen."

(Eingeg. 17. ds.) O. Fr.

Aus dem Reiche.

Konitz. Am Donnerstag fanden Haussuchungen statt, bei denen es sich unter anderem um die Gewinnung von Schriftproben handelte. Es wurde nach Briefen und dergleichen Dingen eifrig recherchiert. Anonyme Briefe haben nämlich während der letzten Tage hier eine gewisse Rolle gespielt. Im Zusammenhange hiermit haben auch bei einigen hiesigen, in der Gegend des Münsters wohnhaften Lehrern Haussuchungen stattgefunden. Auch an anderen Stellen wurden Recherchen vorgenommen.

Hannover. Durch die Explosion eines großen Acetylen-Gaskessels im Stolzeschen Gasthause in Harpstedt wurden der Schlosserlehrling Depke aus Moorkamp und der Bäckergeselle Klenke aus Harpstedt entsetzlich verstümmelt. Beide waren sofort tot. Im Kesselhause wurden große Verheerungen angerichtet.

Recklinghausen. Glück auf! Auf Zeche König Ludwig sind in der ersten Bausohle Flötz Marie Süd in der Mittwochnacht zehn Bergleute infolge einer Explosion schlagender Wetter getötet worden. Die Ursache der Explosion ist unbekannt. Die Leichen sind geborgen.

Osnabrück. In dem benachbarten Lengerich wurde ein furchtbarer Selbstmord verübt. Der Bergmeister Eichholt in Lengerich steckte sich eine Dynamitpatrone in den Mund und brachte sie sodann zur Entladung. Die Wirkung war eine furchtbare, der Körper des E. wurde buchstäblich zerrissen.

Vermischtes.

* **Schiffsunglücke.** Der norwegische Dampfer Fagerheim ist mit der ganzen Besatzung, 20 Mann, an der englischen Küste untergegangen.

Der britische Dampfer Kaisari hat bei Reunion Schiffbruch gelitten. 25 Personen sind umgekommen, darunter der Kapitän.

Aus Kalkutta wird telegraphiert, daß auf dem deutschen Dampfer Wartburg, der sich mit einer Unteladung nach Hamburg begiebt, Feuer ausbrach. Das Feuer wurde gelöscht. Das Schiff und die Ladung wurden unbedeutend beschädigt.

* **Ein sehr laut sprechender Phonograph** wurde in der Polytechnischen Gesellschaft zu Berlin vom Ingenieur Leisner vorgeführt. Diesem ist es gelungen, durch Aneinanderkuppelung mehrerer Membrane, zwischen denen je ein Mikrophon eingeschaltet ist, den Ton so zu verstärken, daß er fünf Kilometer weit gehört wird. Die Membrane sind nicht flach, sondern verdicken sich nach dem Rande zu, um das schnarrende Nebengeräusch zu vermeiden; ferner werden flache Hartgummischeiben an Stelle der Wachswalzen verwendet.

* **Ein Kabel durch den Stillen Ozean.** Dieser Tage ist zwischen Vertretern der Regierungen von Neu-Südwales, Victoria, Queensland und Neuseeland einerseits und einer Kabelgesellschaft andererseits der Vertrag über die Herstellung und Legung eines unterseeischen Kabels von enormer Ausdehnung und Wichtigkeit zum Abschluß gelangt. Es handelt sich um die Verbindung von (britisch) Nordamerika mit Australien durch einen Kabelstrang, welcher von der Insel Vancouver bis nach Queensland und Neuseeland geführt werden soll, den Stillen Ocean also in der Richtung von Nordost nach Südwest durchquaren wird. Als Zwischensitzpunkte werden dabei lediglich die Fanning-Insel (zur Gruppe der Amerika-Inseln gehörig), die Fidschi- und die Norfolk-Inseln dienen, die sämtlich im britischen Besitz sich befinden. Die Länge des projektierten Kabels wird gegen 15 000 Kilometer betragen; die Gesamtkosten für dessen Herstellung und Legung sind auf 1,8 Millionen Pfund Sterling (36 Millionen Mark) veranschlagt, der laufende Meter wird also im Durchschnitt auf 2.40 Mk zu stehen kommen. Die Fertigstellung der ganzen Kabellinie muß vertragsmäßig spätestens bis zum Ende des Jahres 1902 erfolgen.

Merseburg.

Die am 6. d. Mts. stattgefundene Parteiversammlung hat an Stelle des Vertrauensmannes zur Führung der Parteigeschäfte eine dreigliedrige Kommission gewählt. Dieselbe hat sich jetzt konstituiert und besteht aus

dem Vorsitzenden Karl Bönicke,
dem Schriftführer Friedrich Fiedler,
dem Schriftführer Hermann Koch.

Alle Sendungen, Zuschriften usw. ersuche nur an mich zu richten.

Karl Bönicke, Brühl 14.

Parteigenossen! Wie Euch aus Vorstehendem bekannt ist, ist uns die Leitung der Parteigeschäfte für Merseburg übertragen worden. Wir fordern Euch nun auf, allen persönlichen Streit beiseite zu lassen und soweit dies noch nicht geschehen ist, sich dem Sozialdemokratischen Verein anzuschließen.

Nach dem Beschluß des letzten Parteitages kann nur derjenige zur sozialdemokratischen Partei gehören, welcher dieselbe dauernd durch Geldmittel unterstützt, sonach also nur, wer politisch organisiert ist. Die hiesigen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden deshalb aufgefordert, sich der politischen Organisation anzuschließen, um nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. So viele, welche über die Arbeiterbewegung noch nicht richtig im Klaren sind, äußern: ach, auf meinen Groschen kommt es auch nicht an, oder: es wird ja doch nicht anders, weil die Arbeiter nicht einig sind; würden natürlich alle Arbeiter so denken, dann könnte sich unsere Partei begraben lassen. Also Arbeiter, Genossen! schließt Euch der Organisation an und vergeßt vor allem nicht, auf das **Volksblatt**, als die schneidigste Waffe im Kampfe mit unseren Gegnern, zu abonnieren. Ferner unterstütze jeder nach Kräften das Versammlungslokal, die **Funkenburg.**

Die Agitationskommission.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 18. Januar. Der erwartete Amnestieerlaß ist bis zur Stunde nicht erschienen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Nord), 16. Januar.

Eheschließung: Der Landwirt Meyer und Emma Schröder (Angermeg 3).

Geboren: Dem Tischler Kunze eine T. (Fall straße 1). Dem Arbeiter Mendberg ein S. (Gabelsbergerstraße 13). Dem Arbeiter Troebler ein S. (Treff straße 15). Dem Artist Bandel eine T. (Blumenthalstraße 23). Dem Schuhmacher Hütter ein S. (Friedrichstraße 24). Dem Maschinen Schmidt ein S. (Schmelzerstraße 38).

Gestorben: Des Former Blaskiaß S., 1 J. (Eschendorfstraße 4). Der Arbeiter Christ Marx, 53 J. (Wilhelmstraße 23). Die Witwe Schannberg, 69 J. (Dessauerstraße 15).

Halle (Süd), 16. Januar.

Aufgeboten: Der Seiler Jäger und Marie Hornisch (Gottesackerstraße 17 und Herrenstraße 19). Der Arbeiter Fuhrke und Marie Bodenburg (Merseburgerstraße 32 und Weißenfelserstraße 119. Der Fleischer Werner und Emilie Günther (Kreischberg). Der Schlosserlehrling Kumbier und Elise Ganzer (Wollberg und Halle). Der Maurer Sejlands und Auguste Polprich (Lassalleen Friedrichsruhe).

Verschließungen: Der Monteur Fickel und Augusta Abraham (Kleine Ulrichstraße 8). Der Arbeiter Tschmiele und Friedrich Richter (Zapfenstraße 14 und Große Märkerstraße 25)

Geboren: Dem Arbeiter Kimpfel ein S. (Steinweg 18). Dem Diener Hoffmann ein S. (Grafenweg 18). Dem Schuhmacher Würtig ein S. (Kanalstraße 2). Dem Bangerstifter Voigt ein S. (Kreischenfelsstraße 10). Dem Bäckermeister Roß eine T. (Schwetschkestraße 9). Dem Eisendreher Hartmann ein S. (Schwetschkestraße 10).

Gestorben: Des Tischler Rauch S., 12 J. (Siebenauerstraße 14). Der Werkmeister Enge, 27 J. (Beesenerstraße 30).

Zeitz, vom 6. bis 12. Januar.

Eheschließungen: Der Arbeiter Lange und Emma Rostkroß. Der Kontorist Gerold und Minna Walther

Geboren: Dem Bahnarbeiter Rabe ein S. Dem Bahnarbeiter Joachim eine T. Dem Arbeiter Jäckel eine T. Dem Arbeiter Hohl eine T. Dem Stellmacher Lehmann ein S. Dem Maternewärter Baumgarten ein S. Dem Brauer Kluge eine T. Dem Schmied Leine eine T. Dem Stellmacher Kirsche eine T. Dem Tischler Siemmer eine T. Dem Bäckermeister Schirmer eine T. Dem Arbeiter Kunzel ein S. Dem Korbmacher Roock ein S. Dem Tischler Fahr eine T. Dem Stellmacher Epold ein S. Dem Fleischer Fröhn ein S. Dem Mechaniker Schmidt eine T. Des Musikers Matthäus ein S. Dem Buchhalter Schneider eine T. Dem Handarbeiter Röhr eine T. Dem Schriftsetzer Schumann ein S.

Gestorben: Dorothea Lenke geb. Westmann, 26 J. Der Arbeiter Mahler, 16 J. (Wahberg). Johanna Weber, 4 J. Walter Schreiber, 1 J. Max Wolf, 7 Mon. Fr. Wilhelm Hübner, 45 J. Ernst Hübner, 1 W. Der Handelsmeister Meißner, 46 J. Walter Banse, 8 Mon. Die Witwe Clässer, 43 J.

Zur Anmeldung im Standesamt ist Legitimation erforderlich. Stempelzettel sind ausgeschlossen.

Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats nur Wochentags von 9½—1½ und 4—8 Uhr. Auswärtigen Anfragen ist stets Briefmarke als Rückporto beizufügen.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Direktion: M. Richards.
Sonnabend den 19 Januar 1901 abends 7½ Uhr
125. Vorst. im B.-A. 42. Vorst. auß. Abonn. 1. Viertel.
Carmen.
Große Oper in 4 Akten von G. Bizet.
Sonntag den 20. Januar 1901 nachmittags 3½ Uhr
30. Fremden-Vorst. bei kleinen Preisen:
Der Freischütz.
Romantische Oper in 4 Akten von C. M. von Weber.
Abends 7½ Uhr
126. Vorst. im B.-A. 84. Abonn.-Vorst. 2. Viertel. Farbe: gelb.
Amen.
Opern-Drama in 1 Akt v. B. Hendrich.
Hierauf:
Der wilde Reutlingen.
Lustspiel in 4 Akten von G. Moser u. Th. von Trotha.

Der Circus ist gut geheizt.
Circus Aug. Krembser,
Halle a. S. Rossplatz.
Heute Freitag den 18. Januar 1901 abends 8 Uhr
Clown- u. Komiker-Vorstellung
Zum 8. Male:
„Dora", der Zirkus unter Wasser, große Ausstattungs-Pantomime, ausgeführt von ca. 200 Personen.
Morgen Sonnabend abends 8 Uhr
Elite-Vorstellung.
Zum 9. Male: Die Wasserpantomime.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Fremdenvorstellung. Erwachsene auf den Sitzplätzen ein Kind frei.

Thalia-Theater.
Sonnabend: Zum 13. Male:
Die strengen Herren.
Sonntag: Doppel-Vorstellung bei einfachen Preisen
Zum 1. Male: Die Liebesprobe.

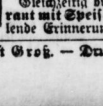
Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Neuer Spielplan.
Herr Karl Baron, mit seiner Gruppe dressierter Raubtiere. (Parodie.) — The 3 Keziah's, Bravour-Equilibristinnen auf silbernen Leitern. — Mr. Manuel Woodson, Blitzmensch. Mr. Max D'Oretta, musikalisch-exzentrischer Clown mit seinem musikalischen Elephanten „Jumbo". — Herr Georg Hartmann, Zauberkünstler und Illusionist. — Gräfin Fanny Ferrari, internationale Sängerin. — Fräulein Marie Werder, Gesangs- u. Charakter-Soubrette. — Herr Bernhard Marx, Original-Gesangs- und Charakter-Humorist. — Jules Greenbaum's „Amerikanischer Bioskop" in durchweg neuen sensationellen lebenden Photographien.
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Apollo-Theater
Weissenfels.
Täglich abends 8 Uhr
große
Spezialitäten-Vorstellung.
Auftreten von nur Kunstkräften 1. Ranges.
Die Direktion.

Rossfleisch
hochf., sowie alle Sorten ff. Wurst empf.
Reinh. Möbius,
Beesenerstr. 28 u. Gr. Brauhausstr. 30.

Apollo-Theater.
Direktion: Fr. Wiehle.
Neuer Spielplan!
Mr. H. Tourn der wirklich Unfesselbare.
Befreit sich aus den schwersten Polizeifesseln.
Mr. Tourn's neueste Illusion:
China-Wunder.
Fidardi-Trio, prolongiert. Neue Trifs Saltomortalsprung aus der Loge. — Lucie Fernando, Soubrette. — Harry Fey, brill. Gedächtnis-Künstler. Irma Reimal Konzert-Sängerin — Luci Rafaelli, Karrikaturen Schnellzeichner. — Plusaro u. Fey, Instrumental-Virtuosen. — Max Reichert, Charakter-Komiker. — Leo Morley, lebende Photographien
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Montag den 4. Februar
großer Elite-Masken-Ball
mit Prämierung und interessanten Ueberraschungen.

Restaur. z. deutschen Eiche,
Körnerstr. 52.
Sonnabend den 19. Januar 1901
Lieder-Abend
der Giebichensteiner Liedertafel.
Freunde des Gesanges ladet ergeb. ein
Wilhelm Kaerre.


Hochfeine
Fleisch- und Wurst-Waren
empfiehlt
L. Kyritz,
Rossschlächterei,
Herrenstraße 25.
Gleichzeitig bringe ich mein Restaurant mit Speise-wirtschaft in empfehlende Erinnerung. D. O.

Stadt Freiberg
Sonnabend den 19. Januar
1. gr. Familien- und Narrenabend.
Es ladet freundlichst ein
Gustav Höser.

Rest. zur weissen Dame,
Ladenbergstraße 1.
Sonnabend den 19. Januar
Schlachte-Fest,
wozu freundlichst einladet
E. Böhme.
Für Unterhaltung ist gesorgt.

Restaurant z. Weltkugel
Merseburgerstr. 23.
Sonnabend den 19. Jan

Schlachte-Fest.
Früh von 7 Uhr an Kesselfleisch.
Nachmittags frische Wurst.
ff. Biere.
Hierzu ladet freundlichst ein
Ullmann.

Sonnabend
großes Schlachte-Fest.
Emil Kurtz,
Rosenstraße Nr. 2.

Sonnabend
Schlachte-Fest.
Grätz,
Weingärten 36.

Sonnabend
Schlachtefest.
Fr. Peters,
Blumenthalstraße 27.

Werkzeuge und Eisenwaren
nur beste Sorten empfiehlt
Paul Schneider, Merseburgerstraße 4.

Räumungs-Ausverkauf
Wegen Mangels an Raum sollen
Federbetten, Teppiche, Bettvorleger, Uhren u. Bilder
ausverkauft werden und werden solche zu jedem nur annehmbarem Preise abgegeben.
Julius Rosenberg,
nur Gr. Ulrichstraße 54, 1.

Sprotten,
ca. 4 Pfund-Kiste Mk. 1.25.
Sprott-Bücklinge,
ca. 4 Pfund-Kiste Mk. 0.90.
Nikolaistraße 6.
Rich. Pfeiffer,

18 Geiststrasse 18.
Feinstes
Gänse-Pökel-Fleisch
billigst.
H. Dobberstein
1 Alter Markt 1.

Lumpen, Knochen, Metalle kauft
Rich. Holland Zapfenstr. 18.

Aepfel
in gr. Auswahl à Korb 1.50 bis 2 M. und Christbäume billigst. Engler, Reilstr. 26.

ff. Roßfleisch, 1a. Ware, à Pfd. 20 Pf. verkauft Herm. Böhlert, Reilstraße 126 und Schmiedstraße 37.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010119-19/fragment/page=0008